



Bevölkerungsforschung Aktuell

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 1 • 2014
35. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser, in den meisten Ländern Europas befindet sich das Geburtenniveau seit einigen Jahren mit leichten Schwankungen deutlich unter dem für eine Gesellschaft nötigen Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau. In Deutschland hat dieser Trend Ende der 1960er Jahre etwas früher eingesetzt, während er in Ländern wie Italien etwas verzögert begann, sich dafür aber dann mit einem Rückgang hin zu einer „lowest low fertility“ von zeitweise weniger als 1,3 Kindern je Frau umso deutlicher bemerkbar machte. Gleiches gilt für manche Länder Osteuropas. Offenkundig ist, dass Entscheidungen für Kinder bzw. die Elternschaft seltener getroffen wurden und werden und zwar nicht nur in (West-) Deutschland.

Die Suche nach Antworten für diesen Wandel des generativen Verhaltens, der sich in vielen europäischen Ländern bemerkbar macht, kann nur in einer Verbindung unterschiedlichster Faktoren gelingen, wobei neben lebenslaufbezogenen Ursachen unter anderem auch Familienleitbilder entscheidenden Einfluss haben. Eine wichtige Rolle spielen zudem Partnerschaftserfahrungen, da die Wahl des richtigen Partners eng mit der Verwirklichung des Kinderwunsches zusammenhängt, wie aus zahlreichen Studien deutlich wird.

Robert Naderi und Jürgen Dorbritz untersuchen daher in ihrem Beitrag aus vergleichender Perspektive den Einfluss der Partnerschaftserfahrungen auf das generative Verhalten in Deutschland und Italien. Der Vergleich dieser beiden Länder ist insofern sinnvoll, als die Entwicklung bestimmter Indikatoren in beiden Ländern auf den ersten Blick ähnlich verläuft. Dazu zählt beispielsweise die Entwicklung der TFR in beiden Ländern, das Alter der Frauen bei der Erstgeburt, der Rückgang der Bedeutung der Bindung von Ehe und Geburten sowie regionale Differenzen.

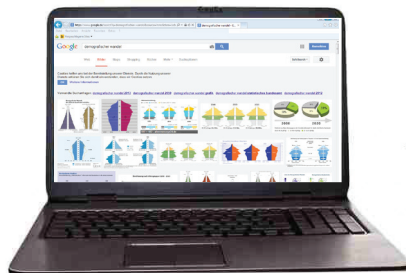
Prof. Dr. Norbert F. Schneider,
Direktor des BiB

Partnerschaftserfahrung und ihr Einfluss auf das generative Verhalten in Deutschland und Italien

Die Erfüllung des Kinderwunsches ist eng verknüpft mit der richtigen Partnerwahl und einer gut funktionierenden Partnerschaft. Der Beitrag untersucht in einem internationalen Vergleich am Beispiel Deutschlands und Italiens, inwieweit Partnerschaftserfahrungen Einfluss auf die Kinderzahl bzw. Kinderlosigkeit am Ende der generativen Phase und auf das Erstgebäralter haben. Dabei wird von der Vermutung ausgegangen, dass spezifisch normative Grundhaltungen gegenüber der Verknüpfung von Ehelichkeit, partnerschaftlichen Vorerfahrungen und Fertilität existieren, bevor man zum Elternpaar wird. In der Analyse werden die Partnerschaftserfahrungen in einer Lebensverlaufperspektive einbezogen und dann die Effekte auf die paarspezifischen Kinderzahlen untersucht. Im Ergebnis zeigt sich, dass neben den Partnerschaftserfahrungen auch andere Erklärungen eine mindestens genauso wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Elternschaft spielen. ➔ Seite 2



Demografiepolitik 2.0 – Neue Wege in der politischen Online-Kommunikation



Das Internet als politischer Kommunikationsraum hat in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. So nutzen die politischen Akteure auf Bundes- und Länderebene sowie die Kommunen zunehmend die Möglichkeit, Inhalte auf themenspezifischen Projektwebseiten und Informationsportalen für die breite Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei spielt vor allem die Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel als gesellschaftlichem Megathema eine besondere Rolle. So gibt es seit der Veröffentlichung der Demografiestrategie der Bundesregierung im Jahr 2012 eine deutlich sichtbare Erweiterung der Online-Portale auf Bundesebene mit unterschiedlichen thematischen Zielsetzungen. Dazu zählen neben dem 2012 eröffneten Demografieportal des Bundes und der Länder auch Online-Portale mit Informationen zu spezifischen Handlungsfeldern der Demografiepolitik wie zum Beispiel „Fachkräfte“ oder „Pflege und Demenz“. Vor diesem Hintergrund möchte der Beitrag einen Einblick in die umfangreichen demografiepolitischen Online-Aktivitäten des Bundes, der Länder und der Kommunen geben. Dabei wird auch die Frage gestellt, inwieweit die Bürger als Adressaten des Online-Angebots dieses auch nutzen. Erste Studien zeigen, dass die Bedeutung des Internets als Quelle für politische Informationen zwischen 2002 und 2009 deutlich angestiegen ist.

➔ Seite 10



Robert Naderi und Jürgen Dorbritz

Partnerschaftserfahrung und ihr Einfluss auf generatives Verhalten in Deutschland und Italien

Der richtige Partner und eine gut funktionierende Partnerschaft sind eng mit der Erfüllung des Kinderwunsches verknüpft. In diesem Beitrag wird in einem internationalen Vergleich untersucht, inwieweit Partnerschaftserfahrungen Einfluss auf Elternschaft bzw. Kinderlosigkeit am Ende der generativen Phase und das Erstgebäralter haben. Zentrales Ergebnis ist, und das gilt in besonderem Maße für Italien, dass eine voreheliche Partnerschaftsphase mit dem aktuellen Ehepartner und bzw. und/ oder verschiedenen Partnern vorher, zu einem höheren Erstgebäralter führen. In beiden Ländern wirkt sich eine Biographie ohne vorherige Partner und ohne längerfristiges nichteheliches Zusammenleben positiv in Richtung Elternschaft aus. Insgesamt zeigt sich aber, dass andere Merkmale mindestens genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger für die Erklärung sind. Ein negativer Effekt auf Elternschaft zeigt sich zum Beispiel durch Doppelverdienerkonstellationen, besonders in Deutschland.

Einleitung

Sieht man sich in Deutschland und Italien die familienrelevanten demografischen Indikatoren wie die Total Fertility Rate (TFR), die Anteile der nichtehelichen Geburten oder das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder an, sind sich beide Länder auf den ersten Blick nicht unähnlich. Sowohl in Deutschland als auch in Italien hat sich seit den 1970er Jahren ein dauerhaft niedriges Geburtenniveau eingestellt. In den 1990er Jahren unterschritten die Werte der TFR in Italien sogar die der Deutschen. Im Jahr 2011 weist Italien eine Geburtenziffer von 1,40 auf, in Deutschland betrug sie 1,36. Bei der Geburt ihrer Kinder sind die Frauen in Italien mit 31,4 Jahren etwas älter als die Frauen in Deutschland (30,7 Jahre). Dagegen ist die Entkoppelung von Ehe und Geburt der Kinder in Deutschland (vor allem in Ostdeutschland) etwas weiter vorangeschritten. Der Anteil der von unverheirateten Frauen geborenen Kinder betrug 2012 in Deutschland 34,5 % und in Italien 28,0 %. Typisch für beide sind auch die deutlichen regionalen Unterschiede: In Italien sind es vor allem Nord-Süd- und in Deutschland West-Ost-Unterschiede. So ist beispielsweise die Kinderlosigkeit im Westen Deutschlands und im Norden Italiens auf einem hohen Niveau.

Das niedrige Geburtenniveau hat sich in Deutschland nach dem Ende von Europe's Second Demographic Transition eingestellt. Generell wird der Geburtenrückgang u.a. aufgrund des Wertewandels in Richtung eines stärker ausgeprägten Individualismus, des verstärkten Eintritts der Frauen in den Arbeitsmarkt oder des Wandels der Lebensformen seit den 1960er Jahren erklärt. Während die Gültigkeit dieses Erklärungsansatzes für Deutschland Akzeptanz findet, überraschte die Entwicklung in Italien zunächst (Kertzer et al. 2009, S.90). So wie in anderen Südeuropäischen Ländern ist man von einer höheren Verbreitung und durch den Fortbestand familialistischer Prägung von höheren Geburtenziffern ausgegangen. Das Umgekehrte ist zum Teil der Fall insofern man Nord- mit Südeuropa in dieser Hinsicht vergleicht (Kertzer et al. 2009, S. 90).

Dieser Beitrag wird von der These geleitet, dass spezifisch normative Grundhaltungen gegenüber der Verknüpfung von Ehelichkeit, partnerschaftlichen Vorerfahrungen und Fertilität existieren, bevor man tatsächlich zum Elternpaar wird. Während in Fertilitätsanalysen häufig nur auf das Vorhandensein eines Partners gesehen wird, sollen in diesem Beitrag die Partnerschaftserfahrungen in einer Lebenslaufperspektive einbezogen und die Effekte auf die paarspezifischen Kinderzahlen untersucht werden. Der wissenschaftliche Wert der Analysen basiert darauf, dass paarbezogene Analysen der Fertilität generell selten sind (Klein 2003: 525) und die Beachtung vorehelicher Partnerschaftserfahrungen kaum vorkommt. Einschränkend muss erwähnt werden, dass durch die verwendete Datenquelle allerdings nur die Perspektive und die Berichterstattung eines Partners berücksichtigt wird.

Ausgangsüberlegungen und Zielstellungen

Folgende Unterschiede zwischen Deutschland und Italien sind hinsichtlich des Untersuchungsgegenstands von besonderem Interesse: Erstens existieren unterschiedliche normative Grundhaltungen zu Ehe, Familie, Kindern und Lebensformen. Für Italien wird das Fortbestehen eines starken Familialismus angenommen. Das äußert sich z.B. darin, dass ehealternative Lebensformen wie Alleinerziehende, nichteheliche Lebensgemeinschaften



ten oder Single-Haushalte Randerscheinungen geblieben sind. Dazu gehört auch, dass voreheliches partnerschaftliches Zusammenleben eine geringe Akzeptanz besitzt. Die Kernfamilie, bestehend aus einem verheirateten Paar mit eigenen Kindern, ist in Italien als das dominierende Leitbild erhalten geblieben. In der Literatur existiert die These über das Fertilitätshemmnis Familialismus von Huinink (2002: 47ff.). Gemeint ist damit, dass im Regime eines kulturellen Familialismus das Leitbild herrscht, dass Eltern ihre Kinder selbst erziehen, auch weil sie einer außerhäuslichen Kinderbetreuung skeptisch gegenüber stehen. Es entsteht ein Spannungsfeld zwischen den Lebensbereichen Familie und Beruf und die Frauen neigen dazu, die Erstgeburt aufzuschieben, sich auf ein Kind zu beschränken oder kinderlos zu bleiben.

Folglich ist zweitens zu vermuten, dass der Individualisierungsprozess in Deutschland stärker vorangeschritten ist. Individualisierung meint in diesem Fall eine Entkopplung von Ehe, Partnerschaft und Geburt der Kinder und eine Entstandardisierung der Lebenswege, so dass jedem Einzelnen ein immer breiteres Spektrum an Verhaltensmöglichkeiten offensteht. Für das Eingehen von Partnerschaften bedeutet das, dass längerfristig angelegte Paarbeziehungen bereits in einem früheren Lebensalter beginnen und dass mehrere Beziehungen durchlaufen werden können (Peukert 2008: 331). Dies wiederum kann zumindest in Westdeutschland ein Erklärungsfaktor für die höhere Kinderlosigkeit sein, weil diese tatsächliche Entkopplung gleichzeitig mit einer weiter existierenden kulturellen Verknüpfung stattfindet, wodurch eine Diskrepanz zwischen den Werten und den Handlungsmöglichkeiten entsteht. Auf der anderen Seite ist in stark familialistisch geprägten Gesellschaften voreheliches Zusammenleben im jüngeren Lebensalter negativ besetzt und verhindert damit Paarbeziehungen in einem früheren Lebensabschnitt. In Italien kommt noch ein relativ später Auszug aus dem Elternhaus hinzu.

Die Bedeutung dieser Faktoren für den verzögerten Beginn von Eheschließung bzw. Paarformierung und damit für die Verschiebung der Geburten in spätere Lebensphasen oder das Entstehen endgültiger Kinderlosigkeit ist bekannt. Ziel der diesem Beitrag zugrundeliegenden Analysen ist es daher, den Zusammenhang von der Erfahrung vorherigen unverheirateten Zusammenlebens mit dem Ehepartner oder anderen Partnern mit der Kinderzahl und dem Alter der Mutter bei der Geburt des ers-

ten Kindes im Vergleich zwischen Deutschland und Italien zu untersuchen. Die Wahl dieser beiden Länder basiert zum einen auf den in der Einleitung aufgeführten ähnlichen Entwicklungen und zum zweiten auf der Verfügbarkeit entsprechender Daten im Generations and Gender Surveys. Durch diesen sind Auswertungen auf Individualebene und die Einbindung einer Vielzahl von erklärenden Variablen möglich.

Fragestellung und Hypothesen

Die übergeordnete Fragestellung zur niedrigen Geburtenziffer in den Ländern Italien und Deutschland ist selbstverständlich nicht nur über die Betrachtung der Partnerschaftserfahrung zu beantworten. Hierfür sind die Grundlagen für generative Entscheidungen viel zu komplex und nicht durch einen Beitrag zu beantworten. Schwerpunkt für eine Herangehensweise soll aber trotzdem die Ausgangsfrage sein, warum verheiratete Paare mehr und andere weniger Kinder am Ende ihrer fertilen Phase bekommen. Entsprechend verfolgt der Artikel¹ folgende Fragestellungen: Welchen Einfluss hat die individuelle Partnerschaftsbiographie auf die Kinderzahl und das Erstgebäralter? Welche Unterschiede gibt es dahingehend zwischen Deutschland und Italien?

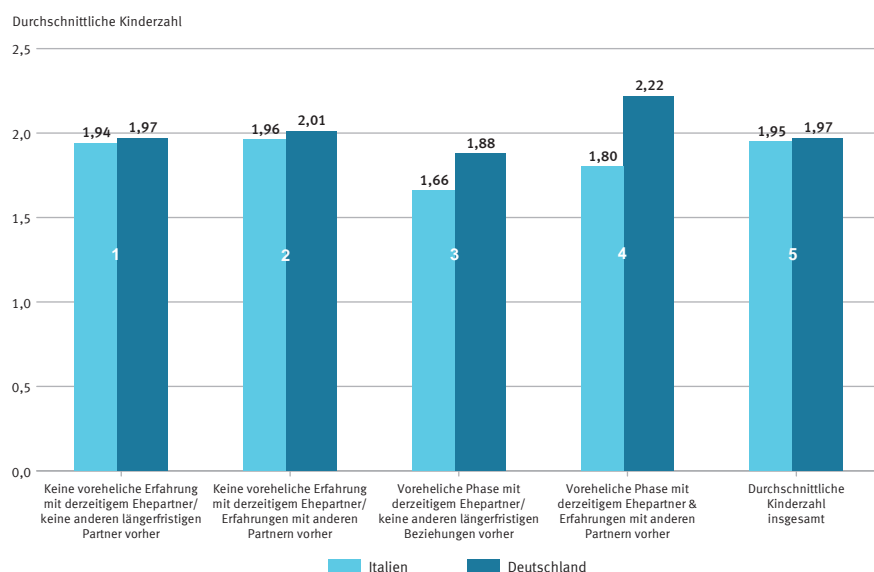
Dazu sollen folgende Hypothesen überprüft werden:

- a) Längeres unverheiratetes Zusammenleben führt zu einem Aufschub der Geburt des ersten gemeinsamen Kindes und ggf. häufiger zur endgültigen Kinderlosigkeit.
- b) Eine größere Zahl vergangener Partnerschaften im Lebenslauf führt ebenfalls zu einem Aufschub der Geburt des ersten Kindes in der bestehenden Ehe und ggf. häufiger zur endgültigen Kinderlosigkeit.
- c) Kulturell definierte Normen und Werte können sowohl die Dauer und Akzeptanz vorehelicher Erfahrung als auch die erwünschte Stabilität von Beziehungen beeinflussen. Gleichzeitig bestimmen diese auch den erwünschten Zeitrahmen der Geburt von Kindern und ihre Zahl. Entsprechend dürften länderspezifische Besonderheiten einen Einfluss auf Partnerschaftsbiografien und Fertilitätsentscheidungen haben.

¹ Der Beitrag beruht auf einem Vortrag von Robert Naderi bei der Jahrestagung der italienischen Bevölkerungswissenschaftlichen Vereinigung (AISP) und der statistischen Fachgesellschaft (SIS) Giornate di Studio sulla Popolazione 2013.



Abb. 1: Durchschnittliche Kinderzahl verheirateter Mütter, 45 Jahre und älter, nach Beziehungserfahrungen (Kinderlose ausgeschlossen)



Datenquelle: Generations and Gender Survey, Welle 1, Italien (2003, N=2.818) und Deutschland (2005, N=2.537)

© BiB 2014

Ergebnisse

Die Abbildung 1 zeigt für verheiratete Mütter, die 45 Jahre und älter sind, den Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Kinderzahl und den Beziehungserfahrungen. Die durchschnittlichen Kinderzahlen der befragten Frauen sind in Italien mit 1,95 und in Deutschland mit 1,97 sehr ähnlich. Keine bzw. nur geringfügige Abweichungen von diesem Durchschnitt sind feststellbar, wenn keine vorehelichen Erfahrungen mit dem derzeitigen Ehepartner vorliegen (Säulen 1 und 2 in Abb. 1). Bestehen dagegen voreheliche Erfahrungen, wirken diese in Italien generell reduzierend auf die durchschnittliche Kinderzahl, während für Deutschland ein positiver Effekt auf-

gefunden wurde, wenn die Befragte sowohl mit dem derzeitigen Ehepartner unverheiratet zusammengelebt als auch vorherige Partnerschaften geführt haben (Säule 4 in Abbildung 1). Bestanden voreheliche Phasen mit dem derzeitigen Partner ohne andere längerfristige Beziehungen davor, sinkt die Kinderzahl in Italien auf 1,66 und in Deutschland auf 1,88. Die Ursache dafür ist ein späterer Beginn der Familienbildungsphase. In Italien steigt das Erstgebäralter von 26,0 insgesamt auf 28,7 Jahre in diesem Fall. In Deutschland fällt der Anstieg von 24,8 auf 25,8 Jahre schwächer aus (Abb.2, Säule 3). Voreheliche Lebensphasen mit dem Partner erhöhen das durchschnittliche Erstgebäralter und senken über den verkürzten generativen Lebensabschnitt die Zahl der geborenen Kinder. In Italien ist dieser Effekt stärker als in Deutschland ausgeprägt. Billari und Kohler (2000: 18) gelangen zu ähnlichen Schlussfolgerungen für Italien: „The second important finding of our study pertains to the implications of childbearing occurring almost exclusively within marriage in countries such as Italy. In this situation, the postponement of entering marriage and the postponement of childbearing within marriage have an additive effect that emphasises fertility-reducing effects.”

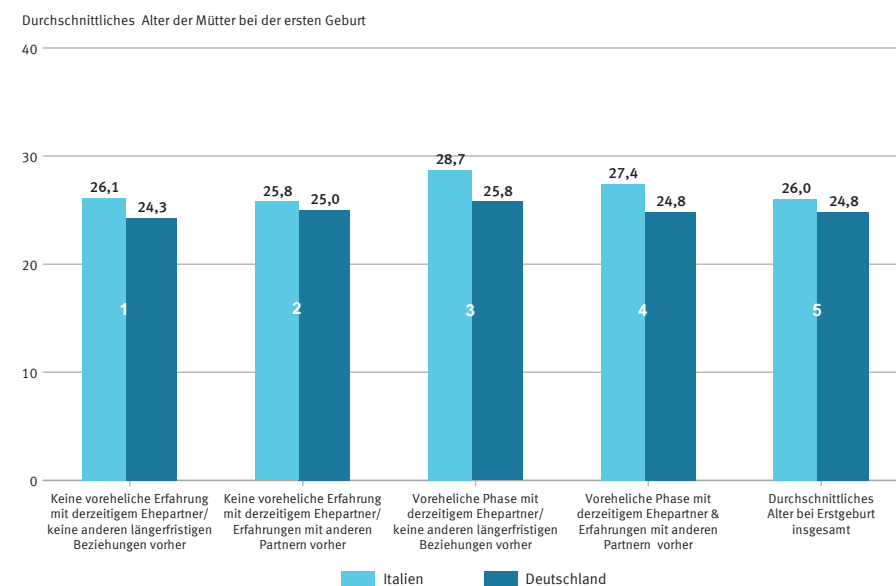
Im Fall einer vorehelichen Phase mit dem derzeitigen Partner und anderen vorherigen Beziehungserfahrungen kommt es in Italien zu einem Fertilitätsrückgang

Methodische Vorgehensweise

Verwendet wurde jeweils die erste Welle des Generations Gender Survey (GGs), die in Deutschland und Italien die notwendigen retrospektiven Fragen enthält. In die Analyse werden nur Befragte (Männer und Frauen) einbezogen, die zum Interviewzeitpunkt verheiratet waren und mit ihrem Partner zusammengelebt haben. Hieraus ergeben sich ungewichtete Fallzahlen von jeweils maximal 5.507 von 10.017 Personen aus Deutschland und 5.823 von 9.570 aus Italien. Bedingt durch die Fragestellungen werden zwei abhängige Variablen betrachtet: Elternschaft im Gegensatz zur Kinderlosigkeit unter Einbeziehung der (Nicht-)Existenz eines Kinderwunsches, sowie das Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes. Die unabhängigen Variablen sind jeweils das Alter der Partnerin, das Erwerbsarrangement, die Ausbildung der Partnerin, Einstellungen zum nichtehelichen Zusammenleben, Auseinandersetzungen zwischen den Partnern im vergangenen Jahr der Befragung und die Partnerschaftsbiographie. Für die Frage der Kinderlosigkeit, des Kinderwunsches und der Elternschaft wurde ein multinomiales und für die Frage des Erstgebäralters ein lineares Regressionsverfahren gewählt.



Abb. 2: Durchschnittliches Alter von Müttern bei der ersten Geburt nach Beziehungserfahrung



Datenquelle: Generations and Gender Survey, Welle 1, Italien (2003, N=5.146) und Deutschland (2005, N=4.411)

© BiB 2014

und in Deutschland zu einem Fertilitätsanstieg. In Italien tritt dabei wiederum ein Anstieg des Erstgebäralters auf 27,4 Jahre ein (Abb.2, Säule 4) und die durchschnittliche Kinderzahl geht auf 1,80 zurück. In Deutschland bleibt das Erstgebäralter konstant und die durchschnittliche Kinderzahl steigt auf 2,22 (Abb.1, Säule 4). Es ist anzunehmen, dass in diesem Fall bereits Kinder in vorherigen Beziehungen geboren wurden und der Wunsch, mit dem jetzigen Partner gemeinsame Kinder zu haben, zu einer höheren durchschnittlichen Kinderzahl in Deutschland führt. Aufgrund der traditionelleren Muster der Familienbildung ist in Italien ein solcher Effekt ausgeblieben. Allerdings hat in Italien in den letzten Jahren ein schneller Anstieg des Anteils der Kinder stattgefunden, die von nicht verheirateten Müttern zur Welt gebracht wurden.

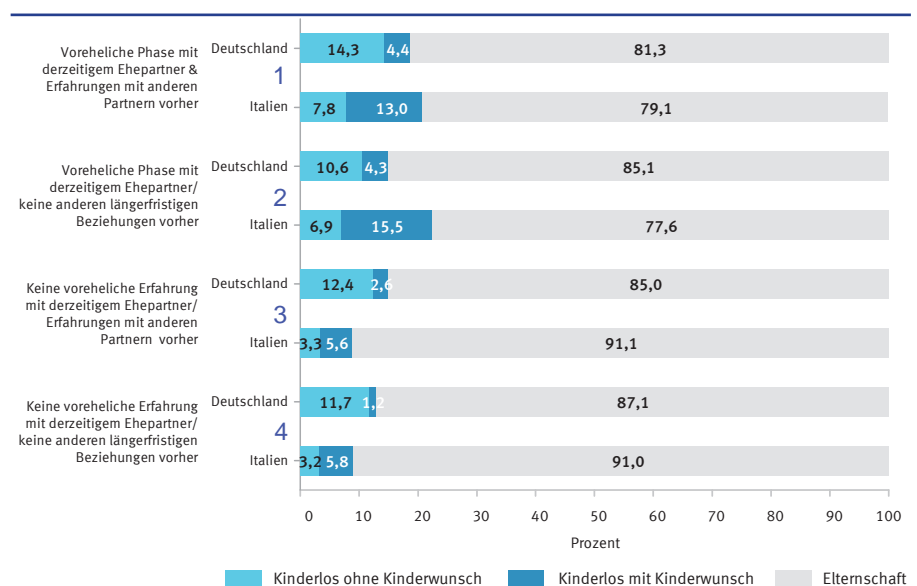
Wird, wie in Abbildung 3, noch die Kinderlosigkeit (kinderlose Befragte mit und ohne Kinderwunsch) einbezogen, bestätigen sich die bisher aufgefundenen Effekte. Der höchste Prozentsatz von Kinderlosen ist in Italien mit 22,4 % zu fin-

den, wenn die Befragten mit ihrem derzeitigen Ehepartner mehr als ein Jahr vorehelich zusammengelebt haben. In dieser Gruppe ist der Elternanteil mit 77,6 % sehr niedrig. Den geringsten Anteil Kinderloser findet man in Italien hingegen dann, wenn die Befragten bereits mit anderen Partnern zusammengelebt haben (8,9 % bzw. 9,0 %, vgl. Abb. 3 und 4). Die Elternschaft erreicht mit 91,0 % (Abb.3, Säule 4) und 91,1 % (Abb. 3, Säule 3) sehr hohe Werte. Die Unterschiede zwischen denjenigen ohne voreheliche Erfahrungen mit dem jetzigen Ehepartner und denen mit vorehelicher Phase sind in Italien beträchtlich. In Deutschland sind die Unterschiede dagegen nur schwach ausgeprägt.

Ergebnisse der multinomialen Regressionen

In Tab. 1 werden die Ergebnisse einer multinomialen Regression dargestellt. Untersucht werden die Einflussfaktoren auf die Kategorien Kinderlosigkeit bei vorhandenem Kinderwunsch, wobei hier nur Frauen und Männer mit Partnerinnen im Alter von maximal 45 Jahren einbe-

Abb. 3: Kinderlosigkeit und Elternschaft nach der Partnerschaftserfahrung verheirateter Befragter, in %



Datenquelle: Generations and Gender Survey, Welle 1, Italien (2003, N=5.666) und Deutschland (2005, N=5.161) © BiB 2014



Tab. 1: Erklärungsmodell für Kinderlosigkeit ohne Kinderwunsch in Deutschland und Italien unter besonderer Berücksichtigung der Partnerschaftserfahrung; Multinomiale Regression, Odds Ratios; Pseudo-R² (Nagelkerke) 0,169 in Deutschland und 0,260 in Italien

		Kinderlose befragte Frauen bzw. Partnerinnen befragter Männer, mit Kinderwunsch, im Alter von maximal 45 Jahren		Elternschaft	
		Deutschland	Italien	Deutschland	Italien
		Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)	
Alter der befragten Frau oder der Partnerin des befragten Mannes		0,751***	0,754***	0,951***	0,920***
Arbeitsteilung	Ref.: Ein männlicher Verdiener				
	Doppelverdiener	3,385**	1,446	0,402***	0,687
	ein weiblicher Verdiener	3,824*	1,763	0,460***	0,667
	Beide erwerbslos	1,095	0,494	0,796	1,169
Bildungsstand der befragten Frau oder der Partnerin des befragten Mannes	Ref.: Hoch (ISCED 4-6)				
	Niedrig (ISCED 0-1)	0,196	0,648	0,495	2,706***
	Mittel (ISCED 2-3)	0,576*	0,567*	1,002	1,463
Einstellung gegenüber unverheiratetem Zusammenleben	Ref.: Ablehnend				
	Zustimmend	0,682	0,929	1,042	0,678*
	Weder noch	1,027	0,893	1,145	0,768
Partnerschaftliche Meinungsverschiedenheiten in den vergangenen 12 Monaten vor der Befragung	Ref.: Häufig				
	Nie oder selten	1,405	0,792	1,054	0,542*
	Manchmal	2,353	0,712	1,488	0,656
Partnerschaftserfahrung	Ref.: Voreheliche Phase mit derzeitigem Ehepartner und Erfahrungen mit anderen Beziehungen vorher				
	Keine voreheliche Erfahrung mit derzeitigem Ehepartner/ keine anderen längerfristigen Beziehungen vorher	0,643	1,332	1,670**	2,027*
	Keine voreheliche Erfahrung mit derzeitigem Ehepartner/ Erfahrungen mit anderen Beziehungen vorher	0,802	1,594	1,545	2,084*
	Voreheliche Phase mit derzeitigem Ehepartner/ keine anderen längerfristigen Beziehungen vorher	0,993	0,828	1,382	0,791

Signifikanter Effekt bei *p < 0,005; **p < 0,01; ***p < 0,001;
 Quelle: Generations and Gender Survey, Welle 1, Italien (2003, N=5.258) und Deutschland (2005, N=4.933)

zogen wurden, sowie vorliegende Elternschaft. Bei dieser Methode wird auch bei abhängigen Variablen eine Kategorie als Referenz verwendet, weshalb diese in der Tabelle nicht erscheint. Hier handelt es sich um Kinderlosigkeit ohne vorhandenen Kinderwunsch. Die einzelnen Effekte werden durch Odds Ratios dargestellt.

In beiden Ländern ist zunächst deutlich, dass bei Paaren ein höheres Risiko, dauerhaft kinderlos zu bleiben

besteht, je älter die Frau ist. Die Frage, in welcher Weise Erwerbsarbeit beim Paar verteilt ist, hat nur in Deutschland signifikanten Einfluss, wenn man das klassische männliche Ein-Verdiener-Modell, im Vergleich zum weiblichen Ein-Verdiener-Prinzip und vor allem den Doppelverdienerhaushalten gegenüberstellt. Die letzten beiden Konstellationen weisen nämlich eine niedrigere Chance auf, dass Kinder geboren werden: wenn eine Frau nicht



Tab. 2: Erklärungsmodell zum Erstgebäralter in Deutschland und Italien unter besonderer Berücksichtigung der Partnerschaftserfahrung; Lineare Regression; Beta-Werte; Korrigiertes R² für Deutschland 0,085 und für Italien 0,101

		Deutschland	Italien
		Beta	Beta
Alterskohorte der Frauen	Ref.: 1950-87		
	1924-49	-0,022	-0,042**
Erwerbskonstellation des Paares	Ref.: Doppelverdiener oder ein weiblicher Verdiener		
	Ein männlicher Verdiener	0,054**	-0,077***
Bildungsstand der befragten Frau oder der Partnerin des befragten Mannes	Ref.: Mittel oder niedrig		
	Hoch	0,219***	0,260***
Einstellung gegenüber unverheiratetem Zusammenleben	Ref.: Positiv oder neutral		
	Negativ	-0,051**	-0,091***
Partnerschaftliche Meinungsverschiedenheiten in den vergangenen 12 Monaten vor der Befragung	Ref.: Nie/Selten oder manchmal		
	Häufig	0,008	0,011
Partnerschaftserfahrung	Ref. Keine voreheliche Erfahrung mit derzeitigem Ehepartner/ keine anderen längerfristigen Beziehungen vorher		
	Keine voreheliche Erfahrung mit derzeitigem Ehepartner/ Erfahrungen mit anderen Beziehungen vorher	0,003	0,006
	Voreheliche Phase mit derzeitigem Ehepartner/ keine anderen längerfristigen Beziehungen vorher	0,161***	0,040*
	Voreheliche Phase mit derzeitigem Ehepartner und Erfahrungen mit anderen Beziehungen vorher	0,048**	0,043**

Signifikanter Effekt bei *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001;

Quelle: Generations and Gender Survey, Welle 1, Italien (2003, N=3.697) und Deutschland (2005, N=3.118)

arbeitet, hat sie in der Regel Kinder. Häufig ist das der Grund, weshalb sie nicht mehr arbeitet. Gleichzeitig ist die Chance einen Kinderwunsch zu haben bei verheirateten Paaren hoch, auch wenn andere Erwerbskonstellationen vorliegen. Dies spricht dafür, dass der Kinderwunsch bei gleichmäßiger Arbeitsteilung steigt, in der Realisierung aber das männliche Ein-Verdiener-Modell häufiger vorzufinden ist.

In Italien hat die Bildung der Frau einen wichtigen Einfluss, während dieser in Deutschland statistisch nicht signifikant ist. Paare, in denen die Frau einen nach ISCED niedrigen Qualifizierungsstand aufweist, haben eine höhere Chance, nicht kinderlos zu sein.

Ebenfalls nur in Italien sind die Ergebnisse zur Akzeptanz unverheirateten Zusammenlebens signifikant: ist sie höher verringert sich die Chance auf Elternschaft. Des Weiteren sind Unstimmigkeiten innerhalb der Partnerbeziehung

in Italien relevant, denn es zeigt sich ein leichter, negativer Effekt in Richtung des Vorhandenseins eigener Kinder, wenn es keine oder selten Meinungsverschiedenheiten gab. Offensichtlich sind diese verbalen Auseinandersetzungen für die Stabilität der Paarbeziehung in Italien förderlich.

Die zentralen Untersuchungsvariablen zur Partnerschaftsbiografie haben Einfluss auf Elternschaft in beiden Ländern. Die Chance steigt, wenn die Partnerbeziehung relativ bald in eine Ehe gemündet ist und auch keine längerfristigen Beziehungen zu anderen vor dem derzeitigen Partner vorlagen. Insgesamt ist das Erklärungsmodell allerdings relativ wenig aussagekräftig. In Italien ist die Bedeutung der betrachteten Variablen höher als in Deutschland.

In Tab. 2 werden die Ergebnisse der linearen Regression bezüglich des Alters der Mutter bei der Geburt des



ersten Kindes dargestellt. Hierbei wurden die gleichen erklärenden Variablen verwendet wie im Modell zur Kinderlosigkeit bzw. Elternschaft.

Im Modell spiegelt sich das allgemein bekannte spätere Erstgebäralter jüngerer Geburtskohorten wider. Allerdings ist dieses Ergebnis, wahrscheinlich aus datentechnischen Gründen, in Deutschland nicht signifikant. In beiden Ländern statistisch signifikant, wenn auch gering, ist hingegen der Effekt der Erwerbskonstellation des Paares – in jeweils entgegengesetzter Richtung. In Italien führt das männliche Ernährermodell zu einem früheren Erstgebäralter, in Deutschland zu einem späteren. Nicht überraschend ist der deutliche Einfluss der Bildung der Frau, der besonders in diesen beiden Ländern zu einem höheren Alter bei der Geburt des ersten Kindes führt. Dies ist allgemein bekannt und lässt sich zum einen mit den längeren Ausbildungszeiten und höheren Opportunitätskosten für Frauen in Deutschland und Italien erklären.

Sowohl in Deutschland als auch in Italien zeigt sich ein negativer Einfluss durch eine ablehnende Einstellung zum nichtehelichen Zusammenleben. Das Erstgebäralter ist also tendenziell niedriger in diesem Fall. Die zentrale Variable zur tatsächlichen Partnerschaftserfahrung, also auch zur Vorehelichkeit, ist relativ wichtig für das Alter bei der ersten Geburt: Wenn das Paar vor der Eheschließung zusammengelebt hat, so steigt das Alter tendenziell an.

Insgesamt ist die Erklärungskraft der Variablen zusammengekommen relativ niedrig, sogar noch niedriger als im Modell zur Kinderlosigkeit bzw. Elternschaft.

Schlussfolgerungen

Bezüglich der Bedeutung der Partnerschaftsbiografie auf die hier betrachteten Aspekte generativen Verhaltens, nämlich Elternschaft und Erstgebäralter, lassen sich folgende Punkte festhalten: Das Vorhandensein vorehelicher Partnerschaftserfahrungen differenziert das generative Verhalten. In Italien sind die differenzierenden Einflüsse stärker ausgeprägt und weisen in die gleiche Richtung. Wenn voreheliche Phasen mit dem derzeitigen verheirateten Partner bestanden haben, werden weniger Kinder geboren und die Chance auf Elternschaft sinkt. Dies trifft besonders auf die Gruppe zu, in der es eine voreheliche Phase mit dem derzeitigen Ehepartner, aber keine weiteren längerfristigen Beziehungserfahrungen

gab. Es kann davon ausgegangen werden, dass in Italien aufgrund der stärker erhalten gebliebenen traditionellen Vorstellung zur Familiengründung voreheliche Phasen später beginnen und in diesem Lebensabschnitt seltener Kinder geboren werden. Wie vermutet, und aus anderen Studien bekannt, führen voreheliche Beziehungserfahrungen zu einem höheren Erstgebäralter und niedrigeren durchschnittlichen Kinderzahlen. Dies ist in Deutschland weniger stark ausgeprägt und nicht durchgängig existent. Bei einer vorehelichen Phase und weiteren längeren Partnerschaftserfahrungen erhöht sich die durchschnittliche Kinderzahl sogar (Abb.1). Ein verringerter normativer Druck zur Ehe in Deutschland lässt voreheliche Partnerschaften und die Geburt von Kindern in diesem Lebensabschnitt zu. In dieser Gruppe finden die Geburten relativ früh statt. Die verlängerte fertile Phase und das Vorhandensein von Kindern aus früheren Partnerschaften gehen mit höheren durchschnittlichen Kinderzahlen einher. Damit ist ein Erklärungsansatz (von vielen) dafür geliefert, warum kultureller Familialismus in Italien nicht mit einem höheren Geburtenniveau verknüpft ist. Es sind letztlich die gleichen traditionellen Orientierungen, die ein höheres Geburtenniveau verhindern. Sie beschränken für die Individuen die Chance auf voreheliche Partnerschaft und voreheliche Fertilität. Die Ergebnisse für Deutschland zeigen, dass dieser Wirkmechanismus im Trend ebenso gilt. Insbesondere in Westdeutschland ist die Verknüpfung von Fertilität und Ehe deutlich erhalten geblieben. Erhöht hat sich aber die Akzeptanz vorehelicher Partnerschaftsformen, wodurch die von der Partnerschaftserfahrung ausgehenden Negativeffekte gemildert werden.

Insgesamt sind in der multivariaten Analyse das Alter und die sozioökonomische Situation der Frau, sei es als Befragte oder Partnerin des befragten Mannes, die bedeutendsten Faktoren. Die Partnerschaftserfahrung hat nur begrenzten Erklärungsgehalt in beiden Ländern. Das trifft auch für das Kinderhaben bzw. die Kinderlosigkeit zu, wobei hier der entgegengesetzte Einfluss des vorehelichen Zusammenlebens mit dem derzeitigen Partner in Deutschland und Italien auffällt. In Italien gibt es in diesem Fall tendenziell weniger, in Deutschland mehr Kinder. Zusammengekommen gibt es unter den berücksichtigten Erklärungsfaktoren eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten zwischen deutschen und italienischen Paaren.



Generell ist festzuhalten, dass die erzielten Ergebnisse ausdrücklich nicht die Fertilitätssituation in Deutschland und in Italien erklären können und sollen. Sie zeigen aber, dass in Ländern mit einem sehr ähnlichen Geburtenniveau sehr spezifische Einflüsse auf generative Entscheidungen ausgehen und es sich durchaus lohnt, im Detail wie in diesem Fall auf der Paarebene nach Erklärungsmustern zu suchen.

Literaturverzeichnis

- Billari, C. Francesco und Hans-Peter Kohler, 2000: The impact of union formation dynamics on first birth in West Germany and Italy: are there signs of convergence? Max-Planck-Institut für demografische Forschung, MPIDR Working Paper WP 2000 – 2008, Rostock
- Huinink, Johannes, 2002: Familienpolitik in europäischen Ländern: Zur Erklärung von Polarisierungsphänomenen. In: Dorbritz, Jürgen und Johannes Otto (Hrsg.): Familienpolitik und Familienstrukturen, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 108, 2002, S. 47 – 60
- Kertzer, David I.; Michael J. White; Laura Bernardi und Guiseppe Gabrielli, 2009: Italy's Path to Low Fertility: The Adequacy of Economic and Second Demographic Transition Theories. In: European Journal of Population, 25: 89 – 115
- Klein, Thomas, 2003: Die Geburt von Kindern in paarbezogener Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 32, Heft 6, Lucius & Lucius Verlag, Stuttgart, S. 506 – 527
- Peuckert, Rüdiger, 2008: Familienformen im sozialen Wandel, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 431 S.



Yvonne Eich

Demografiepolitik 2.0 – Neue Wege in der politischen Online-Kommunikation

Nicht nur in Wahlkampfzeiten nutzen politische Akteure das Internet als Kommunikationsraum. Auch die „klassische“ Regierungskommunikation setzt immer stärker auf die Vermittlung von Inhalten durch das Internet. Ergänzend zu ihren Webauftritten nutzen Bund, Länder und Kommunen zunehmend die Möglichkeit, Inhalte auf themenspezifischen Projektwebseiten und Informationsportalen für die breite Öffentlichkeit zu präsentieren. Der demografische Wandel als gesellschaftliches Megathema spielt dabei eine besondere Rolle.

So wurden im Rahmen des „Wissenschaftsjahres 2013 – Die demografische Chance“ unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vielfältige Inhalte aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft beispielsweise in Form von Themen-Dossiers auf www.demografische-chance.de zusammengeführt. Im Themenbereich „Demografie“ gibt es zudem seit 2012 eingehend mit der Veröffentlichung der Demografiestrategie der Bundesregierung eine sichtbare Erweiterung um Online-Portale auf Bundesebene mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Eine Vorgehensweise ist es, Informationen zu demografischen Themen zu bündeln – wie im Fall des 2012 gestarteten ressort- und ebenenübergreifenden Demografieportals des Bundes und der Länder. Davon abweichend ist auf Bundesebene die Tendenz zu

beobachten, dass Informationen zu spezifischen Handlungsfeldern der Demografiepolitik¹ wie „Fachkräfte“ oder „Pflege und Demenz“ durch die zuständigen Ressorts auf separaten Online-Portalen präsentiert werden.

Dieser Beitrag möchte einen Einblick in die umfangreichen demografiepolitischen Online-Aktivitäten des Bundes, der Länder und der Kommunen geben. Nach einer Beschreibung der Online-Regierungskommunikation im Allgemeinen werden die Bürger als Empfänger dieser Online-Kommunikation in den Blick genommen. Nutzen diese das Internet und wenn ja, auch für den Abruf politischer Informationen? Auf einen Überblick zu den demografiepolitischen Online-Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen folgt die Analyse der Medialität als Charakteristikum der Online-Kommunikation bei den seit 2012 entstandenen Online-Portalen des Bundes zu den demografiepolitischen Handlungsfeldern „Fachkräfte“ und „Pflege und Demenz“. Beide Handlungsfelder werden in der Demografiestrategie als wichtige Schwerpunktthemen zukünftiger Demografiepolitik benannt. Zudem kommt ihnen im Arbeitsgruppenprozess zur Demografiestrategie² eine hervorgehobene Rolle zu.

Durch das Internet haben sich die Kommunikationsmöglichkeiten für politische Akteure stark verändert (vgl. Dowe 2009; Emmer/Bräuer 2010). Dies trifft auch auf die Bürger zu, die durch das Internet vielfältige neue Möglichkeiten haben, sich über Politik informieren und auszutauschen (Emmer/Vowe/Wolling 2011: 295). Zudem wird die unmittelbare Teilhabe an der politischen Meinungs- und Willensbildung durch das Internet erleichtert bzw. manchmal auch erst ermöglicht (ebd.). Einen großen Einfluss auf die Veränderung der Potenziale für politische Online-Kommunikation wird in der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Internets hin zum Social Web oder auch „Web 2.0“ bzw. „Mitmachnetz“ gesehen.

Bieber (2009: 54) stellt den Anwendungen des Social Webs wie Facebook oder Twitter, die sich erst in letzter Zeit zum wichtigen Bestandteil der Internetnutzung politischer Akteure entwickelt haben, in euphorischer Weise sogar eine Zukunft als „neue“ Arenen politischer Kommunikation in Aussicht. Die Online-Kommunikation politischer Akteure in Deutschland hat sich in besonderem Maße in „Online-

¹ Demografiepolitik des Bundes als eigenständiges Politikfeld ist nicht klar definiert, allerdings taucht der Begriff „Demografiepolitik“ prominent in der Demografiestrategie der Bundesregierung auf. An sechs Stellen wird die Demografiepolitik der Bundesregierung genannt. Zur Ausrichtung der Demografiepolitik auf Bundesebene gibt es verschiedene Positionen. Das Bundesministerium des Innern sieht Demografiepolitik als Querschnittsaufgabe unter Beibehaltung der Ressortverantwortung (Bentmann 2012). Weiterhin gibt es die Auffassung, dass Demografiepolitik als Politikfeld institutionell verankert werden sollte, z.B. in einem eigenständigen Demografie-Ministerium (Hüther/Naegele 2013: 15; Mayer 2011).

² Vier von neun Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit diesen Themen. Die Arbeitsgruppe „Allianz für Menschen mit Demenz“ widmet sich dem Thema „Pflege und Demenz“ wie auch die Arbeitsgruppe „Selbstbestimmtes Leben im Alter“. Das Thema „inländische und internationale Fachkräftesicherung“ wird von den Arbeitsgruppen „Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis“ und „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ bearbeitet. Details zum Arbeitsgruppenprozess können auf dem Demografieportal abgerufen werden: <http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Arbeitsgruppe/DE/Arbeitsgruppenprozess.html>



Wahlkämpfen“ stetig weiterentwickelt. Durch die verstärkte Nutzung von Diensten des Social Webs erregte der Online-Wahlkampf der Parteien und einzelner Kandidaten im Bundestagswahljahr 2009 starke öffentliche Aufmerksamkeit (Schweitzer/Albrecht 2011: 9-11), obwohl „einfache“ Online-Kampagnen bereits seit der Bundestagswahl 1998 gängig sind (ebd.: 9-10; Novy/Schwickert 2009: 24).

Online-Regierungskommunikation des Bundes: Informativ und interaktiv?

Die Online-Regierungskommunikation startete in Deutschland relativ früh (Ende der 1990er Jahre), der Schwerpunkt jedoch lag auf der elektronischen Verwaltung bzw. dem E-Government, d.h. der Bereitstellung von Behördendienstleistungen über das Internet (politik-digital.de/Bertelsmann Stiftung 2009: 12; Novy/Schwickert 2009: 20f.).

Im zunehmenden Maße findet die Regierungskommunikation durch die Bundesregierung, die Bundeskanzlerin und die Bundesministerien „online“ statt. Die Studie „Regierungskommunikation 2020“, die vornehmlich die offiziellen Internetpräsenzen der Bundesregierung und ihrer Ministerien sowie deren Projekt-webseiten und Kampagnen analysiert hat, kommt zum Ergebnis, dass Regierungskommunikation in Deutschland bereits im Untersuchungsjahr 2008 eine starke Veränderung durch die neuen Medien erfahren hat (politik-digital.de/Bertelsmann Stiftung 2009: 3, 14-19). So stellen die meisten Bundesministerien auf ihren Webseiten zu diesem Zeitpunkt Multimedia-Angebote wie Videos von Reden der Minister oder Audio-Podcasts zur Verfügung und bieten einen RSS-Feed³ an (ebd.: 14f.). Neben den klassischen Webseiten der Bundesministerien gibt es bereits zum damaligen Zeitpunkt auch Online-Portale zu aktuellen politischen Themen, die Informationen bündeln und zur Transparenz des Regierungshandelns beitragen sollen (ebd.: 15f.). Dazu zählt beispielsweise das Informationsangebot des Bundesministeriums für Justiz und

Verbraucherschutz www.gesetze-im-internet.de und das Umweltportal des Bundesministeriums für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit www.portalu.de, das behördliche Umweltinformationen bündelt (ebd.: 16). Diese Online-Portale bestehen bis heute. Dies deutet darauf hin, dass sich das Format von themenspezifischer Bündelung von politischen Handlungsfeldern außerhalb der offiziellen Webseiten von Ministerien bewährt hat. Die Studie sieht allerdings noch Potenziale beim Ausbau von interaktiven und partizipativen Angeboten (ebd.: 3, 14-19). Viele Bundesministerien und selbst die Bundesregierung haben in der Zwischenzeit Anwendungen des Web 2.0 wie Facebook, Twitter, Chats oder Weblogs in ihre Regierungskommunikation integriert, die über die reine Wissensvermittlung hinausgehen und durch ihre interaktiven Funktionen potenzielle Beteiligungsmöglichkeiten für die Internetnutzer schaffen. Darüber hinaus finden auch verstärkt Online-Dialoge auf Bundesebene statt, die eine aktive Partizipation der Nutzer ermöglichen⁴.

Hat die Online-Regierungskommunikation ausreichend „Empfänger“?

Dieser Trend hin zu einer intensiveren Nutzung des Internets durch politische Akteure korrespondiert mit der steigenden gesellschaftlichen Durchdringung des Internets. Die seit 1997 jährlich durchgeführten ARD/ZDF-Onlinestudien zeigen, dass 1998 ca. 10,4 % der Bundesbürger ab dem 14. Lebensjahr das Internet nutzten, wohingegen 2009 bereits mehr als die Hälfte der Deutschen (67,1 %) zu den Online-Nutzern zählten (van Eimeren/Frees 2009: 335). Derzeit nutzen 54,2 Millionen Bundesbürger das Internet (77,2 %) (van Eimeren/Frees 2013: 358-360). Im Vergleich zu 2012 fällt der Anstieg in der Internetnutzung von 75,9 % auf 77,2 % im Jahr 2013 eher gering aus. Dies lässt sich mit einer hinreichenden Sättigung der „für das Internet interessierbaren Bevölkerungssegmente“ (ebd.: 359) erklären. Dieser Zuwachs beruht interessanterweise vorwiegend auf der stärkeren Internetnutzung durch die Generation 50+. Bei den Älteren verzeichnete die Gruppe der ab 70-Jährigen den stärksten Zuwachs von 20,1 % im Jahr 2012 auf fast ein Drittel (30,4 %) im Jahr 2013. Dies entspricht einer Steigerung um 51 %. Von den ab 60-Jährigen nutzen aktuell 43 % das Internet. Die Online-Regierungskommunikation in Deutschland steht also einer wachsenden Anzahl an „Onlinern“ vermehrt auch in den höheren Altersgrup-

³ Der Name RSS kommt aus dem Englischen von „Really Simple Syndication“ und erlaubt dem Nutzer die neu eingestellten Inhalte einer Webseite zu abonnieren. Er ähnelt einem Nachrichtenticker.

⁴ Beispiele für Online-Dialoge zum Thema „Demografie“ auf Bundesebene sind der Bürgerdialog Demografischer Wandel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von Oktober bis November 2012 (www.buergerdialog-bmbf.de/demografischer-wandel/) und die Online-Dialoge zur Demografiestrategie der Bundesregierung auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder seit Oktober 2012 (www.demografie-portal.de/mitreden).



pen gegenüber. Neben der allgemeinen Internetnutzung ist die politische Internetnutzung der Bürger eine weitere wichtige Rahmenbedingung für Onlinekampagnen (Jung-herr/Schoen 2013: 37). Dies gilt ebenso für Online-Regierungskommunikation im Allgemeinen.

Nutzen die Bürger das Internet, um sich über Politik zu informieren?

Die erste belastbare Längsschnittstudie zur Entwicklung der individuellen politischen Internetnutzung in Deutschland zeigt, dass die Bedeutung des Internets als Quelle der politischen Informationen für die Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren von 2002 bis 2009 gestiegen ist (Emmer/Vowe/Wolling 2011: 116-118). 2002 nutzten weniger als 30 % das Internet für den Abruf politischer Informationen, 2009 hingegen schon fast 50 %. Unter denjenigen, die das Internet mindestens eine Stunde pro Woche nutzen, ruft die Mehrheit politische Informationen online ab (2009: 76,8 %) (ebd.: 118-120). Ein wichtiger Befund der Studie ist die Differenzierung der Generationen bei der politischen Internetnutzung: „Die jüngeren Kohorten haben in ihrer politischen Kommunikation ein markant anderes Nutzungsmuster entwickelt.“ (ebd.: 303). Es sei keine Abwendung von politischer Kommunikation bei den Jüngeren feststellbar, aber eine Verschiebung in ihrer politischen Mediennutzung hin zu Online-Angeboten auf Kosten traditioneller Medien. Jüngere wüchsen in eine bereits vom Internet geprägte Medienwelt hinein, in der sie auch ihre politischen Informationsmuster ausbilden, die sich von den älteren Generationen deutlich unterscheiden (ebd.: 299f., 303). Allgemein änderten sich die Verhaltensmuster auf Individualebene nur sehr langsam, d.h. dass Generationen, die mit der

Tageszeitung als politisches Informationsmedium aufgewachsen sind, politische Online-Informationen eher zusätzlich abrufen als diese zu ersetzen (ebd.: Jungherr/Schoen 2013: 66f.). Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass sich der Trend hin zur Internetnutzung für den Abruf politischer Informationen bei den nachwachsenden Generationen zukünftig weiter verstetigt und von politischen Akteuren bei ihrer Online-Kommunikation berücksichtigt werden muss.

Demografiepolitik im Internet:

Bund, Länder und Kommunen sind aktiv

Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene gibt es intensive Bemühungen, demografiepoltische Aktivitäten und demografische Daten und Fakten online sichtbar und nutzbar zu machen. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung des Internets als Ressource für den Abruf politischer Informationen durch die Bürger (Emmer/Vowe/Wolling 2011: 116f.) als positiv zu bewerten. Die Mehrheit der Länder präsentieren ihre Demografiekonzepte und Politikansätze sowie in manchen Fällen auch länderspezifische Informationen zum demografischen Wandel mittlerweile im Internet⁵. Zum Teil geschieht dies auf eigenen Landesportalen wie z.B. in Thüringen und Sachsen-Anhalt⁶. Im Fall von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen informieren Themenseiten auf den Internetseiten der für Demografie zuständigen Ressorts über die landeseigene Demografiepolitik⁷. Hessen und Brandenburg stellen länderspezifische Informationen auf den Seiten ihrer Staatskanzleien zur Verfügung⁸. Ergänzend dazu betreiben einige Länder Serviceportale zum demografiepolitischen Handlungsfeld „Fachkräfte“⁹. Das auf Deutsch, Englisch und Spanisch seit dem Jahr 2013 verfügbare Internetangebot *www.work-in-hessen.de* richtet sich vorwiegend an ausländische Fachkräfte und bietet umfassende Informationen zu Arbeit, Bildung und Freizeit in Hessen. Brandenburg möchte mit dem 2012 gestarteten *www.fachkraefte-portal.de* sowohl Brandenburger „Rückkehrer“ als auch ausländische Fachkräfte ansprechen. Unter dem Link „Welcome Center“ finden sich grundlegende Informationen zum Leben und Arbeiten in Brandenburg auf Deutsch, Englisch und Polnisch. Im Jahr 2013 wurde es um eine eigene Stellenbörse erweitert (MASF 2013). Hüther/Naegele (2013: 15) stellen eine teilweise längere systematische Beschäftigung mit

⁵ Einen Überblick über die Demografiepolitik der Länder und ihre Zuständigkeiten bieten Hüther und Naegele (Hüther/Naegele 2013: 15-20). Linklisten zum Informationsangebot der Länder sind auch im Internet abrufbar: <http://www.demografie-portal.de/DE/Home/Landesportale.html> und <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/?id=802>

⁶ <http://www.serviceagentur-demografie.de>
<http://www.demografie.sachsen-anhalt.de/>

⁷ http://www.mgepa.nrw.de/alter/demographische_entwicklung/
<http://www.demografie.rlp.de/>

⁸ <http://www.demografie.brandenburg.de/>
<http://www.stk.hessen.de/initiativen/demografie-hessen>

⁹ Die nachfolgende Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und dient nur der Veranschaulichung des Trends für die Jahre 2012 und 2013, Portale für einzelne demografiepolitische Handlungsfelder zu starten. So betreibt auch Thüringen seit 2011 ein „Fachkräfteportal“ unter <http://www.thaff-thueringen.de>, das von der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung herausgegeben wird.



Demografiepolitik auf Länderebene im Vergleich zur Bundesebene fest. Dies könnte die umfassenden Internetangebote durch die einzelnen Bundesländer erklären. Auch viele Kommunen bieten im Internet relevante Informationen zu demografischen Themen an. Städte wie Bielefeld, Oldenburg und Euskirchen haben eigene Demografiekonzepte entwickelt und machen diese gemeinsam mit Daten und Fakten zur Bevölkerungsentwicklung und Projektdarstellungen im Internet verfügbar¹⁰. Gemeinsam ist diesen Städten, dass sie Demografiebeauftragte benannt haben, die die demografiepolitischen Aktivitäten auf kommunaler Ebene koordinieren. Demografiepolitische Aktivitäten des Bundes werden auf verschiedenen Webseiten dargestellt. Neben den zentralen Demografieseiten des Bundesministeriums des Innern¹¹ als zuständigem Ressort gibt es auch die Themenseite „Demografiestrategie: Politik für alle Generationen“ auf der Webseite der Bundesregierung¹². Internetportale, ergänzend zu den „klassischen“ Webseiten von Ministerium und Bundesregierung, werden zunehmend dazu genutzt, Informationen zu bündeln oder einzelne demografiepolitische Handlungsfelder detailliert darzustellen.

Online-Portale auf Bundesebene zum Themenfeld Demografie

Im Rahmen der Entwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung sind in jüngster Zeit neben dem ebenen- und ressortübergreifenden Demografieportal des Bundes und der Länder (www.demografie-portal.de) eine Reihe an Internetportalen in Ressortverantwortung

¹⁰ Themenseite des Amtes für Demographie und Statistik Bielefeld: http://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/ads/; Themenseite Oldenburg: <http://www.oldenburg.de/startseite/buergerservice/stadtentwicklung/demografie.html>; Themenseite der Demografieinitiative des Landkreises Euskirchen: <http://www.kreis-euskirchen.de/wirtschaft/demografie/>; Themenseite der Stadt Euskirchen: <http://www.euskirchen.de/index.php?id=demographie>

¹¹ http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Demografie/demografie_node.html

¹² http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/_node.html

¹³ In der Literatur werden zur Beschreibung von Online-Kommunikation neben der „Medialität“ verschiedene Charakteristika aufgeführt. Emmer (2005: 23) listet diese zum Beispiel auf.

¹⁴ Diese mit Verlinkungen zu Social-Media-Diensten wie Facebook, Twitter und Google+ ausgestattete Leiste erlaubt dem Nutzer das Weiterempfehlen der Webseiten-Inhalte über das eigene Social-Media-Profil. Sie steht in Ergänzung zu der bereits stärker verbreiteten Funktion „Seite empfehlen über E-Mail“.

zu spezifischen Handlungsfeldern der Demografiepolitik wie „Fachkräfte“ und „Pflege und Demenz“ entstanden (siehe Tab. 1). Hüther und Naegele (2013: 15) sehen mit Verweis auf Demografiebericht (2011) und Demografiestrategie (2012) die „systematische Behandlung des Themas auf Bundesebene“ noch in ihren Anfängen. Dies könnte ein Erklärungsansatz für die „Erweiterungswelle“ an Online-Portalen einhergehend mit dem strategischen Prozess der Bundesregierung seit 2012 sein. Online-Portale auf Bundesebene zu demografiepolitischen Handlungsfeldern sind allerdings kein gänzlich neues Phänomen. Die Bundesregierung betreibt bereits seit 2006 das Portal www.erfahrung-ist-zukunft.de, das sich auf seiner Webseite als Service- und Ratgeberportal für die Zielgruppe 50+ beschreibt und über die Chancen in einer älter werdenden Gesellschaft informieren möchte.

Internetportale des Bundes zu den demografiepolitischen Handlungsfeldern „Fachkräfte“ und „Pflege und Demenz“ seit 2012

Die nachfolgende Analyse widmet sich vier von Bundesressorts herausgegebenen Online-Portalen zu den zentralen demografiepolitischen Handlungsfeldern „Fachkräfte“ und „Pflege und Demenz“. Hierbei werden zunächst die Partner-Portale zur Fachkräfte-Offensive www.fachkraefte-offensive.de und www.make-it-in-germany.com genauer betrachtet. Daran schließt sich die Analyse der Partnerseiten www.allianz-fuer-demenz.de und www.lokale-allianzen.de an. Analyseleitend ist „Medialität“ als eines von vielen Charakteristika der Online-Kommunikation¹³. Werden multimediale Angebote wie Videos bereitgestellt oder liegt der Fokus auf klassisch textbasierter Informationsvermittlung? Diese Frage gewinnt vor dem Hintergrund der fortschreitenden technischen Weiterentwicklung von Web-Anwendungen an Bedeutung. Internetnutzer „gewöhnen sich“ zusehends an interaktive Inhaltsvermittlung, die über die Darstellung rein textbasierter Informationen hinausgehen. Dies sollte deshalb auch bei der Konzeption neuer Online-Portale berücksichtigt werden. Zudem soll geprüft werden, ob die mittlerweile mehrheitlich bei Internetangeboten auf Bundesebene integrierten Webseiten-Standards wie RSS-Feed und Social Media-Link-Leiste¹⁴ vorhanden sind. Weiterhin wird die Zielsetzung verdeutlicht und der (demografie-)politische Hintergrund herausgearbeitet.



Tab. 1: Internetportale des Bundes zu den demografiepolitischen Handlungsfeldern „Fachkräfte“ und „Pflege und Demenz“ seit 2012

Herausgeber	Internetportal	Demografiepolitisches Handlungsfeld
Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Bundesagentur für Arbeit	Partner-Portale der Fachkräfte-Offensive: <ul style="list-style-type: none"> • www.fachkraefte-offensive.de • www.make-it-in-germany.com (Start: Juni 2012) 	Nationale und internationale Fachkräfte
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Partner-Portale: <ul style="list-style-type: none"> • www.lokale-allianzen.de • www.allianz-fuer-demenz.de Start: Mai 2013 (Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung)   Beide Internetangebote sind Partnerseiten des seit September 2010 bestehenden Internetportals www.wegweiser-demenz.de 	Pflege und Demenz
Bundesministerium für Gesundheit	www.ich-pflege-weil.de Start: 2013 	Pflege und Fachkräftesicherung in der Pflege
Bundesinstitut für Berufsbildung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	www.anererkennung-in-deutschland.de  Start: April 2012 Das Online-Portal startete parallel mit dem Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes des Bundes am 1. April 2012	Internationale Fachkräfte

Demografiepolitisches Handlungsfeld „Fachkräfte“:
Analyse der Partner-Portale der Fachkräfte-Offensive www.fachkraefte-offensive.de und www.make-it-in-germany.com

Die Partner-Portale zur Fachkräfte-Offensive www.fachkraefte-offensive.de und www.make-it-in-germany.com werden seit Juni 2012 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und der Bundesagentur für Arbeit (BA) herausgegeben. Den Internetangeboten ging der Beschluss des Fachkräftekonzepts der Bundesregierung im Jahr 2011 voraus, das von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden bekräftigt wurde (BMAS 2012). Die Fachkräfte-Offensive sieht es als ihre Aufgabe an, dieses Konzept zu ergänzen und zu begleiten. Die Online-Angebote sind Teil einer umfassenden „öffentlichkeitswirksamen Informations- und Mobilisierungskampagne“¹⁵, die auch „offline“ stattfindet. Ziel des an inländische Unternehmen

und Fachkräfte gerichteten Portals www.fachkraefte-offensive.de ist es laut eigener Darstellung, verantwortliche Akteure zusammenzubringen, ihre Arbeit in regionalen Netzwerken zu fördern, Beratungs- und Unterstützungsangebote aufzuzeigen, Unternehmen und Fachkräfte für das Thema zu sensibilisieren und gute Beispiele der Fachkräftesicherung bekannt zu machen. Das Partnerportal www.make-it-in-germany.com richtet sich an Fachkräfte aus dem Ausland und möchte alle nützlichen Informationen zu Beruf und Leben in Deutschland bündeln.

Online-Portal www.fachkraefte-offensive.de

Die Zielgruppen werden auf der Startseite über die Navigationsfelder „Für Unternehmen“ und „Für Fachkräfte“ klar adressiert. Dadurch wird eine zielgerichtete und benutzerfreundliche Bedienung des Portals ermöglicht. Die multimediale Ausrichtung der Webseite erkennt man an der prominent auf der Startseite platzierten Infobox „Servicetools für Unternehmen und Fachkräfte“. Diese beinhalten neben einem interaktiven Fachkraft-

¹⁵ Hintergrund der Kampagne: www.fachkraefte-offensive.de/DE/Die-Offensive/Kampagne/hintergrund-kampagne.html



Abb. 1: Startseite des Portals der Fachkräfte-Offensive „www.fachkräfte-offensive.de“



Engpass-Monitor einen virtuellen „Werkzeugkasten“ zur Fachkräftesicherung. Dieser kann individuell mit den vorhandenen Handlungshilfen beispielsweise zum Thema „Sensibilisierung von Führungskräften“ gefüllt werden und anschließend als zusammenhängendes PDF-Dokument heruntergeladen werden. Über den Netzwerk-Navigator kann man sich bundesweit agierende Netzwerke im Themenfeld „Fachkräfte“ in einer Deutschlandkarte anzeigen lassen und die Auswahl regional und nach Themenbereich eingrenzen.

Grundsätzlich ist die Internetseite mit den meist auf Bundesebene integrierten Webseiten-Standards wie RSS-Feed und einer Social Media-Link-Leiste ausgestattet, die das Weiterempfehlen der Webseiten-Inhalte über die Social-Media-Profile der Nutzer z.B. bei Twitter ermöglicht. Multimedia-Angebote wie Videos der „Fachkräftereporter“, die im Auftrag der Fachkräfte-Offensive von Fachtagungen in Deutschland berichten, sind zudem im YouTube-Kanal des BMAS abrufbar, auf den man über die Startseite des Portals zugreifen kann. Weiterhin nutzt die Fachkräfte-Offensive auch das Facebook-Profil des BMAS zur Verbreitung seiner Inhalte, welches auf der Startseite verlinkt ist. Die Rubrik „Lob & Kritik“ bietet eine direkte Feedback-Möglichkeit durch die Nutzer.

Online-Portal www.make-it-in-germany.com

Das an internationale Fachkräfte gerichtete Internetportal ist derzeit auf Deutsch und Englisch verfügbar

und bietet neben allgemeinen Informationen zum Arbeiten und Leben in Deutschland praxisorientierte Anwendungen wie die interaktive Weltkarte „Deutschland vor Ort“, auf der sich der Nutzer Ansprechpartner aus deutschen Institutionen, die in seinem Herkunftsland ansässig sind, anzeigen lassen kann. Das Portal richtet sich sowohl an Personen, die in Deutschland arbeiten möchten als auch an Ausbildungs- und Studieninteressierte und bietet eine zweisprachige Jobbörse. Bereits 3 Millionen Besucher, davon 90 % aus dem Ausland, konnte die Webseite zum Jahresende 2013 verzeichnen (BMWi 2014). Die fünf häufigsten Herkunftsländer sind Indien, Vietnam, Indonesien, Russland und Italien (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass interaktive Handlungshilfen bei beiden Portalen im Vordergrund stehen. Die Inhalte auf www.fachkräfte-offensive.de bieten einen guten Einstieg, um sich über die zahlreichen Projekte und Initiativen auf Bundesebene sowie relevante Netzwerke zu informieren, da diese dort verlinkt sind. Auf eine ausführliche Darstellung demografischer Fakten wird bei www.fachkräfte-offensive.de zugunsten von interaktiven Informationselementen wie dem Fachkräfte-Engpass-Monitor verzichtet. Dies gilt auch für www.make-it-in-germany.com. Das Portal www.fachkräfte-offensive.de verlinkt an mehreren Stellen auf das „Partner-Portal“ www.make-it-in-germany.com, was dem Internetnutzer eine ganzheitliche Erfassung der dargebotenen Inhalte ermöglicht.

Demografiepolitisches Handlungsfeld „Pfleger und Demenz“ – Analyse der Partner-Portale www.allianz-fuer-demenz.de und www.lokale-allianzen.de

Beide Internetangebote wurden von der Bundeskanzlerin und der damaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, im Rahmen des zweiten Demografie Gipfels der Bundesregierung am 14. Mai 2013 freigeschaltet (BMFSFJ 2013). Mit diesen zwei Partnerseiten zum Thema Demenz ergänzt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sein Informationsangebot zum Thema Demenz. Bereits seit 2010 betreibt das BMFSFJ das Online-Portal www.wegweiser-demenz.de, das durch Elemente wie moderierte Ratgeberforen und einen Blog, auf dem die Nutzer ihre Erfahrungen im Umgang mit Demenz beschreiben können, ein sehr auf Partizipation bedachtes Serviceportal darstellt. Das Internetportal [Bevölkerungsforschung Aktuell 1 • 2014](http://www.allianz-</p></div><div data-bbox=)



fuer-demenz.de informiert über die Arbeit der „Allianz für Demenz“, dem Netzwerk verschiedener Gestaltungspartner auf Bundesebene, das anlässlich des jährlichen Weltalzheimertages am 21. September 2012 gemeinsam vom Bundesfamilienministerium und dem Bundesgesundheitsministerium gegründet wurde (BMFSFJ/BMG 2012). Die „Allianz für Demenz“ versteht sich als zentraler Baustein der Demografiestrategie der Bundesregierung (ebd.). Dies kommuniziert sie auch auf ihrer Webseite mit der Vorstellung der Mitglieder der Arbeitsgruppe „Allianz für Menschen mit Demenz“, die eine von neun Arbeitsgruppen im Arbeitsgruppenprozess zur Demografiestrategie der Bundesregierung bildet. Das Online-Portal www.lokale-allianzen.de informiert zum begleitenden Förderprogramm des BMFSFJ, das die Etablierung und Gründung lokaler Hilfenetzwerke im Lebensumfeld Betroffener unterstützt (BMFSFJ 2013). Gemeinsames Ziel der Internetplattformen ist es, eine bessere Zusammenarbeit relevanter Akteure wie Ehrenamtlichen, Selbsthilfegruppen und professionell Unterstützenden zu ermöglichen (ebd.). Neben der Vernetzung sollen die Online-Portale die Aufklärung der Öffentlichkeit über Demenz vorantreiben (ebd.). Auf beiden Internetangeboten wird auf der Startseite in einem Infokasten auf die jeweiligen Partnerseiten für weitere Informationen verlinkt und zusätzlich auf das Demografieportal des Bundes und der Länder.

Online-Portal www.allianz-fuer-demenz.de

Das Internetportal ist klar in die Rubriken „Informationen“, „Handlungsfelder“ und „Service“ strukturiert. Gleich auf der Startseite wird dem Nutzer das Anliegen der „Allianz für Demenz“ erläutert. Bis Frühjahr 2014 soll eine Agenda von Maßnahmen in vier Handlungsfeldern entwickelt werden, „[...] die dann in unterschiedlicher Trägerschaft und Verantwortung umgesetzt werden sollen.“ Das Portal setzt auf rein textbasierte Informationsvermittlung ohne multimediale Elemente und nutzt sein Internetangebot zur Herstellung von Transparenz über die Ziele und Aktivitäten der Allianz. So werden die kommenden Sitzungstermine der Arbeitsgruppe „Allianz für Menschen mit Demenz“ für das Jahr 2014 kommuniziert. Insgesamt gibt es sehr wenige abrufbare Inhalte. Zudem befinden sich Inhalte auf dem Portal noch im Aufbau wie z.B. die vier Handlungsfelder der „Allianz für Demenz“. Das Webangebot verfügt zudem weder über einen RSS-

Feed, noch können die Inhalte mittels einer Social Media-Link-Leiste in sozialen Netzwerken weiterempfohlen werden.

Online-Portal www.lokale-allianzen.de

Das Internetangebot macht Informationen zum Förderprogramm des BMFSFJ „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ sichtbar, das bis zum Jahr 2016 500 Lokale Allianzen fördern möchte. Auf der Startseite wird zur Teilnahme am Wettbewerb 2014 zur dritten von insgesamt fünf geplanten Förderrunden aufgerufen. Die Seitenstruktur und das Design des Internetangebots ist mit der Partner-Seite www.allianz.fuer-demenz.de identisch. In der rechten Marginalspalte befindet sich allerdings als multimediales Element eine interaktive Projektkarte über die bereits bestehenden „Lokalen Allianzen“ aus früheren Förderphasen. Nach der Auswahl des Bundeslandes und des Projekts kann der Nutzer sich eine detaillierte Projektübersicht aufrufen, in der auch ein Ansprechpartner aufgeführt wird. Auch bei www.lokale-allianzen.de wird wie bei der bereits zuvor untersuchten Partnerseite auf RSS-Feed und Social Media-Link-Leiste verzichtet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beide Internetangebote optisch identisch sind und sich in ihrer Struktur kaum unterscheiden. Das Internetportal www.lokale-allianzen.de ist durch die interaktive Projektkarte etwas multimedialer und bietet durch die Auflistung aller bestehenden Projekte nach Bundesland mehr nützliche Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten. Der Nutzer kann aufgrund fehlender RSS-Feeds die Aktualisierungen der Inhalte beider Internetportale nicht automatisch verfolgen. Durch die prominente Verlinkung der Partnerseiten und auch zum bereits 2010 vom BMFSJ gestarteten Online-Portal www.wegweiser-demenz.de kann sich der Nutzer allerdings unkompliziert über alle vom BMFSFJ zur Verfügung gestellten Inhalte zum Thema Demenz informieren.

Fazit

Demografiepolitik im Internet findet mittlerweile auf zahlreichen Online-Portalen sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene und im kommunalen Bereich statt. Grundsätzlich ist es positiv zu bewerten, dass politische Akteure Informationen zum demografischen Wandel und seinen Handlungsfeldern als Schlüsselthema der zukünftigen Politikgestaltung zunehmend über themen-

spezifische Online-Portale außerhalb ihrer klassischen Regierungskommunikation bereitstellen. Die Vermittlung von demografischen Themen im Internet beschreibt besonders auf Bundesebene seit dem Jahr 2012 neue Wege. Erstens gibt es ressortübergreifende Ansätze zu beobachten, die von der klassischen sektoralen Online-Regierungskommunikation abweichen. Dies trifft beispielsweise auf die Internetportale der Fachkräfte-Offensive zu, die gemeinsam vom Bundesarbeitsministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium und der Bundesagentur für Arbeit herausgegeben werden. Zweitens gibt es auch ebenen- und ressortübergreifende Ansätze zu beobachten wie das Demografieportal des Bundes und der Länder, das Informationen aus Bund, Ländern und Kommunen zusammenführen möchte. Für den unerfahrenen Internetnutzer ist es zunächst schwierig sich im demografischen „Informationsdschungel“ zurechtzufinden. Die Ressorts als Anbieter der Portale können dabei mit gezielten Verlinkungen zu relevanten bzw. verwandten Informationsangeboten unterstützen. Betrachtet man die untersuchten Internetportale hinsichtlich der Medialität als Charakteristikum der Online-Kommunikation, so steht die klassisch textbasierte Informationsvermittlung bei den untersuchten Portalen zur Demenz an oberster Stelle. Die Fachkräfte-Offensive hingegen tendiert zur Integration multimedialer Informationsangebote. So komplexieren interaktive Karten und Videos die textbasierten Inhalte. Darüber hinaus stellen die analysierten Online-Angebote eine Verbindung zur übergreifenden Demografiepolitik des Bundes über einen Link zum Demografieportal des Bundes und der Länder her. Diese

Abb. 2: Startseite des Portals des BMFSFJ zum Thema Demenz „www.lokale-allianzen.de“



Maßnahmen sind als positiv zu bewerten, da die Gefahr vor isolierten „Wissensinseln“ zu demografiepolitischen Themen im Internet durch die Verlinkung auf übergreifende Portale so abgemildert werden kann. Die Entwicklung, demografiepolitische Handlungsfelder auch außerhalb der klassischen Kommunikation der Bundesressorts auf Informationsportalen zu bündeln, ist angesichts der wachsenden Bedeutung der politischen Internetnutzung besonders für nachwachsende Generationen als eine Investition in die Zukunft zu sehen. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass zukünftig ins Leben gerufene Internetportale auch tatsächlich einen Mehrwert für die Nutzer bieten und im Sinne der Demografiestrategie die ebenen- und ressortübergreifende Tragweite des Themas nicht aus dem Blick verlieren.

Literaturverzeichnis

- Bentmann, Jörg 2012: Demografiepolitik in Deutschland, Thesenpapier von Dr. Jörg Bentmann, Bundesministerium des Innern, im Rahmen der wissenschaftlichen Round-Table-Konferenz Demografievorsorge als Querschnittspolitik am 12.12.2012 in Berlin. In: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/100310/storage/master/file/2353496/download/Thesen-Bentmann.pdf (20.01.2014)
- Bieber, Christoph 2009: Soziale Netzwerke als neue Arena politischer Kommunikation. In: Bieber, Christoph et al. (Hg.): Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht, Frankfurt a. Main: Campus, S. 53-64
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) 2012: Fachkräfte entscheiden den künftigen Wohlstand Deutschlands. In: <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/fachkraefte-offensive.html> (20.01.2014)
- BMFSFJ/BMG (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Bundesministerium für Gesundheit) 2012: Kristina Schröder und Daniel Bahr gründen „Allianz für Menschen mit Demenz“. In: http://www.allianz-fuer-demenz.de/fileadmin/lokale_allianzen/120919_PM_Allianz_Demenz.pdf (20.01.2014)
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2013: Angela Merkel und Kristina Schröder starten Informationsportale zum Thema Demenz. In: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aelteremenschen,did=198202.html> (20.01.2014)



- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) 2013: Zweiter Demografieipfel: Bundesregierung wirbt für mehr Willkommenskultur
In: <http://www.make-it-in-germany.com/make-it/aktuelles/2013-05-17/> (20.01.2014)
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) 2014: 3 Millionen Besucherinnen und Besucher auf „Make it in Germany“
In: <http://www.make-it-in-germany.com/make-it/aktuelles/2014-01-09/> (20.01.2014)
- Dowe, Christoph 2009: Neue Medien als Ressource strategischen Regierens. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Lernen von Obama? Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 45-82
- Emmer, Martin 2005: Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums. München: Reinhard Fischer
- Emmer, Martin; Bräuer, Marco 2010: Online-Kommunikation politischer Akteure. In: Schweiger, Wolfgang; Beck, Klaus (Hg.): Handbuch Online-Kommunikation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 311-337
- Emmer, Martin; Vowe, Gerhard; Wolling, Jens 2011: Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1209, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH
- Hüther, Michael, Naegele, Gerhard 2013: Demografiepolitik: Warum und wozu? In: Hüther, Michael; Naegele, Gerhard (Hg.): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13-33
- Jungherr, Andreas; Schoen, Harald 2013: Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen. Wiesbaden: Springer VS
- MASF (Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie des Landes Brandenburg) 2013: Fachkräfteportal: Jobs kostenfrei anbieten.
In: <http://www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.331385.de> (20.01.2014)
- Mayer, Tilman 2011: Demografiepolitik – gestalten oder verwalten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10-11/2011,
<http://www.bpb.de/apuz/33442/demografiepolitik-gestalten-oder-verwalten?p=all> (20.01.2014)
- Novy, Leonard; Schwickert, Dominic 2009: Ressource und Risiko: Potenziale des Internets für die Politik. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Lernen von Obama? Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 13-44
[politik-digital.de/Bertelsmann Stiftung 2009: Regierungskommunikation 2020. Gefährdungen, Herausforderungen und Perspektiven.](http://politik-digital.de/Bertelsmann_Stiftung_2009_Regierungskommunikation2020.Gef%C3%A4hrdungen,%20Herausforderungen%20und%20Perspektiven.pdf)
In: <http://politik-digital.de/wp-content/uploads/Regierungskommunikation2020.pdf>, Berlin (20.01.2014)
- Schweitzer, Eva Johanna; Albrecht, Steffen 2011: Das Internet im Wahlkampf: Eine Einführung. In: Schweitzer, Eva Johanna; Albrecht, Steffen (Hg.): Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-68
- van Eimeren, Birgit; Frees, Beate 2009: Der Internetnutzer 2009 – multimedial und total vernetzt? In: Media Perspektiven 7/2009, S. 334-348,
http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Onlinestudie_2009/Eimeren1_7_09.pdf (20.01.2014)
- van Eimeren, Birgit; Frees, Beate 2013: Rasanter Anstieg des Internetkonsums – Onliner fast drei Stunden täglich im Netz. In: Media Perspektiven 7-8/2013, S. 358-372,
http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Onlinestudie/PDF/Eimeren_Frees.pdf (20.01.2014)



Weiterführende Links zum Thema

Linklisten zu den Informationsangeboten der Länder im Überblick

- **Demografieportal des Bundes und der Länder:**
www.demografie-portal.de/DE/Home/Landesportale
- **Netzwerk Ländlicher Raum:**
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/?id=802

Links zu im Beitrag vorgestellten Länderportalen:

- **Brandenburg:**
www.demografie.brandenburg.de
www.fachkraefteportal-brandenburg.de
- **Hessen:**
www.stk.hessen.de/initiativen/demografie-hessen,
www.work-in-hessen.de
- **Nordrhein-Westfalen:**
www.mgepa.nrw.de/alter/demographische_entwicklung/
- **Rheinland-Pfalz:**
www.demografie.rlp.de
- **Sachsen-Anhalt:**
www.demografie.sachsen-anhalt.de/
- **Thüringen:** www.serviceagentur-demografie.de

Links zu im Beitrag vorgestellten kommunalen Online-Angeboten:

- **Bielefeld:**
www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/ads/
- **Oldenburg:**
www.oldenburg.de/startseite/buergerservice/stadtentwicklung/demografie.html
- **Themenseite der Stadt Euskirchen:**
www.euskirchen.de/index.php?id=demographie
- **Themenseite des Landkreises Euskirchen:**
www.kreis-euskirchen.de/index



Das BiB in den Medien

„Es geht um das Wollen, nicht um das Können“ –

Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, zu Möglichkeiten der Verbesserung der Situation von Familien in Deutschland und Ziele der Familienpolitik im Interview des HR-Infodios am 23. Dezember 2013

Die Entwicklung der Familienformen hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Zur traditionellen Familie sind neue Formen wie die Patchwork- oder die Regenbogenfamilie sowie weitere Varianten hinzugekommen. Damit stellt sich auch die Frage, was angesichts der gegenwärtigen Vielfalt von Familie eigentlich die Ziele von Familienpolitik sind und welche anderen Faktoren heutzutage noch zu einem gelungenen Familienleben beitragen können.

Vor diesem Hintergrund analysierte Prof. Dr. Norbert F. Schneider im Interview des Hessischen Rundfunks die Veränderungen, denen Familie heute unterliegt und betonte, dass vor allem im Hinblick auf die Kinderbetreuung in der Gesellschaft und den Unternehmen mehr getan werden müsse. Es sei hier eine Frage des Wollens und weniger des Könnens, gerade in der Wirtschaft, so der Familiensoziologe.

Von familienpolitischer Seite her gebe es ein oberstes Ziel und das laute, die Lebensqualität der Menschen und damit der Familien in Deutschland zu verbessern. Dabei gebe es allerdings auch noch andere Faktoren, wie zum Beispiel die Unternehmen oder die Gesellschaft, in der wir uns bewegen. So müssten Firmen ihr Angebot an Teilzeitjobs bzw. an vollzeithen Arbeitsplätzen erweitern, da dies auch von den Arbeitnehmern mit Familie gewünscht werde. Untersuchungen zeigten, dass die meisten Arbeitnehmer mit Kindern mehrheitlich lieber 30 als 20 oder 40 Stunden arbeiteten. Hier gebe es noch eine

große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage, kritisierte Prof. Schneider. Nötig sei eine verbesserte Kinderbetreuungsinfrastruktur, was zum Beispiel Öffnungszeiten betreffe. In diesem Zusammenhang seien auch Ganztageschulen ein wichtiges Thema. Diese Forderungen seien allerdings nicht neu. Dass sie bisher nicht im nötigen Ausmaß umgesetzt werden, sei eine Frage des Wollens, nicht des Könnens, betonte er. Dabei spiele die Problemwahrnehmung und die Prioritätensetzung eine entscheidende Rolle. Die Leistungen, die in der Familie erbracht werden, fänden letztlich nur eine mangelhafte Anerkennung, da es eine Priorisierung wirtschaftlicher gegenüber familialer Interessen in der Gesellschaft gebe. Darüber hinaus müsse man allerdings auch konstatieren, dass die oftmals als Ort des Glücks, der Harmonie und der Geborgenheit verherrlichte Familie manchmal auch ein Konfliktfeld mit unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen Mitglieder sei, die es zu akzeptieren gelte. Das patriarchale Familienmodell der Vergangenheit, in dem der Vater dominiert hat, ist Geschichte und heute einem Modell gewichen, in dem Frau und Kinder als gleichberechtigte Partner auftreten, die ihre Positionen verhandeln. Diese Tendenz biete natürlich auch neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Familie, betonte Prof. Schneider.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Auf die Väter kommt es (auch) an!

Dr. Martin Bujard zu einer aktiveren Rolle der Väter und verlängerten Elternzeiten im Interview in der Radiosendung „Politikum“ am 13. Januar 2014 im Westdeutschen Rundfunk (WDR5)

Seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 ist die Zahl der Väter, die Elternzeit nehmen, ständig angewachsen. Mittlerweile ist die Quote auf 29 % der Väter gestiegen – doch wie geht es nach Ablauf der zweimonatigen Phase daheim weiter? Der Vater widmet sich weiter seinem Vollzeitjob und die Mutter arbeitet Teilzeit bzw. kümmert sich daheim um ihr Kind. Dr. Martin Bujard plädiert daher im Magazin „Politikum“ des WDR für eine

tigen Phase daheim weiter? Der Vater widmet sich weiter seinem Vollzeitjob und die Mutter arbeitet Teilzeit bzw. kümmert sich daheim um ihr Kind. Dr. Martin Bujard plädiert daher im Magazin „Politikum“ des WDR für eine



Ausweitung der Elternzeit für Väter und generell eine stärkere Konzentration auf die aktiven Väter.

In den letzten Jahren sei das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf primär auf die Lage der Frauen konzentriert gewesen und die Väter seien dabei etwas zu kurz gekommen, kritisierte Dr. Bujard. Von daher müsse jetzt der Blick auf die Väter gerichtet werden, indem zum Beispiel die Vätermonate auf sechs Monate verlängert werden könnten. Vor dem Hintergrund des großen Zuspruchs zur Elternzeit insbesondere von Vätern könnte es eine Option sein, die zwei Monate auf vier oder sechs auszubauen. Kosten werde dies den Steuerzahler nur dann etwas, wenn das Modell erfolgreich sei und angenommen werde. Für den Ausbau der Elternzeit der Väter spreche vor allem, dass dann die Aufteilung bei der Vereinbarung von Beruf und Familie etwas gleichmäßiger verläuft und die Väter im Umgang mit ihrem Kind mehr lernen und so auch die Bindung an ihr Kind verstärken. Dabei sei es keineswegs so, dass sich Väter nur durch finanzielle Anreize dazu bewegen lassen, sich mehr um ihr Kind zu kümmern. Es gehe auch darum, eine Norm zu setzen, die bisher nicht existierte. Schließlich gab es die Norm oder das Modell, dass sich ein Vater um sein Kind kümmert und deshalb eine Auszeit im Betrieb nimmt, früher nicht.

Dabei sehe er schon, dass die Elternzeit für manch kleines mittelständisches Unternehmen eher ein Problem darstelle als für einen großen Konzern. Zunächst müsse man aber festhalten, dass das Ganze zunächst nichts koste – es handle sich hier vielmehr um eine Frage der

Planung. Letztendlich gehe es darum, die Mütter mehr zu unterstützen; dies könnten die Väter besser, wenn sie länger Elternzeit nehmen. Er plädierte für einen Paradigmenwechsel was die Rangfolge beruflicher und familiärer Pflichten angehe. Es könne nicht sein, dass derjenige, der abends länger im Büro bleibt Karriere macht, während ein Vater berufliche Probleme bekommt, wenn er sich ausgiebiger um seine Familie kümmert.

Die Frage, ob Frauen überhaupt möchten, dass sich Männer stärker und länger um die Erziehung ihrer Kinder kümmern, lasse sich mit einem klaren „Ja“ beantworten. Ergebnisse der im BiB aktuell durchgeführten Studie zu Familienleitbildern zeigten, dass Väter aus Sicht der Mütter als Ernährer da sein, zugleich aber auch für die Kinder präsent sein sollten. Drei Viertel der befragten Frauen betonten, dass es für ein Kind nicht gut sei, wenn der Vater die Erziehung der Mutter überlässt. Dies sei ein sehr deutliches Ergebnis, dass der erziehende Vater auch erwünscht ist, betonte Dr. Bujard. Schließlich profitierten auch die Frauen davon, wenn sich die Männer stärker ihren Sprösslingen widmeten.

Bernhard Gückel, BiB



Die Sendung im Internet

<http://www.wdr5.de/sendungen/politikum/vater102.html>

Viel Geld für die Familien –

Dr. Martin Bujard über die Verteilung der familienpolitischen Geldleistungen des Staates im Magazin „fluter“ (Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 49/2013-2014)

Pro Jahr gibt der Staat in Deutschland 200 Milliarden Euro für familienpolitische Aufgaben aus. Das Magazin „fluter“ ist in einem Beitrag einmal der Frage nachgegangen, wohin das Geld eigentlich fließt und welche Ziele Familienpolitik hat. Dazu äußerte sich Dr. Martin Bujard aus dem BiB. Er betonte, dass die 156 verschiedenen staatlichen Leistungen nur zu einem geringen Teil direkt an Familien mit Kindern ausgezahlt werden.

Der Großteil des Geldes werde dabei nicht für das Kindergeld ausgegeben, sondern fließe beispielsweise ins Steuer- oder Rentensystem sowie die Krankenversiche-

rung oder die Wohnraumförderung. Aus seinen eigenen Berechnungen geht hervor, dass die Ausgaben für Kinder nur bei insgesamt 86,3 Milliarden Euro liegen, wenn ehebezogene und Sozialversicherungsleistungen abgezogen werden. Davon fließen wiederum 39,2 Milliarden in das Kindergeld, von dem monatlich mehr als 14 Millionen Kinder profitieren. Etwa die gleiche Summe fließt in die Rente von Witwen und Witwern, die ebenfalls zur Familienpolitik zählt. Hinzu kommt noch das Ehegattensplitting, das auch Kinderlosen zugute kommt und mit knapp 20 Milliarden Euro im Jahr zu Buche schlägt.



Wie angesichts dieser Zahlen die Ziele von Familienpolitik definiert werden, hänge davon ab, wer sie festschreibe, so der Politologe. So seien beispielsweise die Arbeitgeberverbände vor allem daran interessiert, dass Mütter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Bei kirchlichen Verbänden spiele oft die Armutsbekämpfung oder eine bessere Bildung eine entscheidende Rolle, sagte Dr. Burjard. In diesem Zusammenhang lasse sich beobachten, dass Arbeitgeber häufig eine stärkere Lobby haben als klassische Familienverbände. Allerdings liege die Priorität der Familienpolitik bei der ökonomischen Sicherung der Familie, der Stärkung des Wohlbefindens der Kinder

sowie der Wahlfreiheit der Eltern. Daraus resultiere letztlich auch die finanzielle Förderung ganz verschiedener Lebensmodelle durch den Staat. Dabei überschneiden sich die Ziele der Familienpolitik zum Beispiel mit denen der Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik, so dass es für familienpolitische Maßnahmen schneller Mehrheiten im politischen Prozess als bei den meisten anderen Entscheidungen gebe. Familienpolitik müsse als Querschnittspolitik betrachtet werden, deren Maßnahmen sehr heterogen und über verschiedene Ministerien verteilt seien.

Bernhard Gückel, BiB

Publikationen aus dem BiB

Broschüre des BiB zum Thema „Erwerbsarbeit und informelle Tätigkeiten der 55- bis 70-Jährigen in Deutschland“ erschienen. Wiesbaden 2014

Angesichts einer stetig wachsenden Lebenserwartung und eines verbesserten Lebensstandards hat sich der Lebensabschnitt „Alter“ in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. So wird der Übergang vom Erwerbsleben zum Ruhestand immer weniger durch eine klare Grenze zwischen einem „aktiven“ und einem „zurückgezogenen“ Lebensabschnitt getrennt. Das Alter(n) wird zunehmend unter dem Aspekt der Potenziale, die dieser Lebensabschnitt für Wirtschaft und Gesellschaft bietet, betrachtet.

Vor diesem Hintergrund bietet diese neue Broschüre des BiB einen Überblick über erste Ergebnisse der aktuellen Studie „Transitions and Old Age Potential“, in der vor allem erforscht wird, wie aktiv die 55- bis 70-Jährigen im Erwerbsleben, in der Zivilgesellschaft und der Familie tätig sind.

Darüber hinaus analysiert das Projekt auch die Einstellungen und Absichten zur Aufnahme oder Ausweitung von Tätigkeiten im Ruhestand und Formen des Übergangs vom Berufsleben in die Rente sowie deren Ur-

sachen. Ziel der Studie ist es, Empfehlungen für die Politik, für Organisationen und auch für die Betroffenen selbst abzuleiten, um so die Potenziale älterer Menschen zu erschließen.

Die Broschüre informiert dazu in acht Kapiteln über bisherige Ergebnisse und beginnt mit jeweils drei Fragen zur Alterung und zum Bevölkerungswandel an die Partner der Studie von der SRH Hochschule Berlin, der Leuphana Universität Lüneburg, der Jacobs University Bremen und der Columbia University New York. Das zweite Kapitel informiert über die Ziele der Studie und fragt, was unter Alterspotenzialen eigentlich zu verstehen ist. Im dritten Kapitel wird anhand von Daten des Projekts gezeigt, welche Altersbilder existieren und wie das Alter gesehen wird. Das Thema Lebenserwartung in Gesundheit steht im Mittelpunkt des vierten Kapitels und welche Bedeutung Arbeit für Menschen hat wird im fünften Kapitel erläutert.

Immer mehr Menschen im Ruhestandsalter gehen einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach. Über die Motive, Wün-



Download der Broschüre unter

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/toperwerbsarbeit_2014.html?nn=3072356



sche und evtl. Zwänge informiert Kapitel sechs, während der siebte Teil der Broschüre die Verbreitung informeller Tätigkeiten, zum Beispiel von Ehrenämtern, untersucht. Schließlich liefert das letzte Kapitel eine Zusammenfassung der Ergebnisse und konstatiert, dass Menschen heute zwischen 55 und 70 Jahren einen wesentlichen Beitrag in Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Es zeigt

sich allerdings auch, dass in dieser Altersgruppe noch erhebliche Potenziale schlummern, die es zu wecken und zu fördern gilt. Auch dazu möchte die Broschüre einen Beitrag leisten.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur von BiB-Mitarbeiter/innen

Norbert F. Schneider:

„Generatives Verhalten im Wandel. Trends, Ursachen und Ansatzpunkte für politisches Handeln.“ In: Volker Schumpelick und Bernhard Vogel (Hrsg.): **Demografischer Wandel und Gesundheit. Lösungsansätze und Perspektiven.** Verlag Herder GmbH, Freiburg 2014

Seit Jahrzehnten stagniert in Deutschland die Geburtenrate auf einem extrem niedrigen Niveau. Dieser Beitrag des Familiensoziologen Norbert F. Schneider untersucht, inwieweit sich das generative Verhalten verändert hat und welche Einflussfaktoren dabei eine Rolle spielen. Dazu wird die Frage gestellt, ob und inwieweit politisches Handeln auf die weitere Entwicklung Einfluss nehmen kann und soll. Letztlich zeigt sich, dass es vor allem darum gehen muss, günstigere Rahmenbedingungen für Elternschaft zu schaffen. Um zu das zu erreichen sind alle gefordert – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Der Beitrag ist Teil eines Sammelbandes mit Beiträgen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich vor allem mit der Frage beschäftigen, wie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels die gesundheitliche Versorgung für immer mehr ältere Menschen strukturell und finanziell gewährleistet werden kann. Dazu zählt auch das Problem, wie ein „gutes“ Altern bei anhaltender Gesundheit und selbstbestimmter Lebensführung gefördert werden kann. Neben der Analyse der Herausforderungen werden zugleich auch Lösungswege vorgeschlagen.



Detlev Lück und Waltraud Cornelißen:

Geschlechterunterschiede und Geschlechterunterscheidungen in Europa.

Lucius und Lucius Verlagsgesellschaft Stuttgart 2014

Warum unterscheiden sich Männer und Frauen voneinander und warum gibt es diese Unterschiede? Warum sind sie so, wie sie sind? Dieser Frage geht der Band aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven nach. Dazu untersucht er auch, woher die Attribute kommen, die Männer und Frauen typischerweise zugeschrieben werden und wohin der derzeitige Wandel dieser Zuordnungen hinführt – auch mit Blick auf die Entwicklung zwischen verschiedenen Ländern, Generationen und Jahrzehnten. Dabei liefert das Buch keine abschließenden Antworten auf die gestellten Fragen, sondern gibt einen aktuellen Zwischenstand der Debatte wider.



Frank Swiaczny:

„Wie gestaltbar ist der demografische Wandel?“

In: **Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte** 66, Jg. 11/2013, S. 21-24

Der Beitrag ist auch in Englisch erschienen:

„How Much Influence Can We Have on Demographic Trends?“ In: **Journal of Social Democracy, International Quarterly Edition** 1/2014, pp 27-30. (Translation from **Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte** Vol. 60, 11/2013, pp 21-24)



Die Frage, wie sich die Herausforderungen des demografischen Wandels gestalten lassen, steht im Mittelpunkt des Beitrags, der seinen Blick zunächst auf die Gesetzmäßigkeiten demografischer Prozesse richtet. Demnach ist der Wandel eine direkte Folge von langfristigen Veränderungen der Fertilität und Mortalität, also des Verhältnisses von Geburten und Sterbefällen.

Der Artikel zeigt, dass es selbst bei einer ansteigenden Fertilität auf das Reproduktionsniveau erst über sehr lange Zeiträume zu einer Bevölkerung mit konstanter Struktur und Größe kommt. Damit sind die de-

mografischen Folgen der seit Jahrzehnten niedrigen Fertilität politisch nur begrenzt gestaltbar. Für die Zukunft ist Modellrechnungen zufolge von einer weiteren Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung auszugehen. Für die Bewältigung dieser Prozesse gilt es, neben den Risiken und Konflikten auch die Chancen einer kleiner werdenden Bevölkerung – etwa beim Ressourcenverbrauch – zu betonen.

Bernhard Gückel, BiB

Vorträge

Dr. Martin Bujard: Wirkungen des Elterngeldes

Mit den Zielen, Diskursen und Wirkungen des Elterngeldes sieben Jahre nach seiner Einführung befasste sich **Dr. Martin Bujard** in seinem Vortrag beim Deutschen Jugendinstitut am 17. Dezember 2013 in München. Hinsichtlich der anvisierten Ziele Einkommen, Zeit, Müttererwerbstätigkeit und Gleichstellung ließen sich deutliche Wirkungen nachweisen, analysierte er. So kam es unter anderem zu einer Reduzierung des Einkommenseinbruchs im Lebenslauf (wenngleich es hier Gewinner- und Verlierergruppen gibt), mehr Zeit für Mütter und Väter von Babys sowie einem Anstieg der Müttererwerbstätigkeit bei Müttern von Kleinkindern. Besonderes Augenmerk verdiente dabei die Entwicklung der Vätermomente. So habe sich die Zahl der Väter, die Elternzeit nahmen, in den letzten Jahren versiebenfacht. Bei der Geburtenentwicklung zeigten sich bisher keine Gesamteffekte – allerdings gab es bei den über 35-jährigen Akademikerinnen einen Anstieg der Geburten. Die Fertilität lasse sich auch nicht politisch unmittelbar steuern. Hier wirke sich eher das Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen aus. Zudem zeige sich der Einfluss familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität erst nach vielen Jahren, resümierte er.

Dr. Detlev Lück: Analysen zu Familienleitbildern

Was sagen Zeichnungen von Familien über die kulturellen (Familien-)Leitbilder ihrer Zeichner aus? Dieser Frage widmete sich **Dr. Detlev Lück** in seinem Vortrag an der Universität Duisburg-Essen am 26. November 2013. Er stellte zunächst das theoretische Leitbildkonzept des BiB-Projekts „Familienleitbilder“ vor und präsentierte

dann eine Methode zur Erforschung von Familienleitbildern mithilfe gezeichneter Familienbilder. Die Zeichnungen zeigten, dass Menschen in der Tat idealisierte Bilder von Familien verinnerlicht haben, die sie zeichnen können und die sehr wahrscheinlich Familienleitbilder widerspiegeln. Familienzeichnungen seien also ein möglicher Zugang, um Familienleitbilder zu erfassen. Die Auswertungen der Bilder zeigten, dass zum Familienleitbild in Deutschland die „klassische“ Kernfamilie mit Vater, Mutter und Kleinkindern gehört, die sich durch hierarchiefreie, harmonische und solidarische Familienbeziehungen sowie modernisierte Geschlechterrollen auszeichnet und Glück sowie die Freiheit von Sorge umfasst. Hinzu kommt ein hinreichender ökonomischer Wohlstand, um ein sorgenfreies, gehobenes bürgerliches Leben zu ermöglichen.

Dr. Heiko Rüger: Wie berufsmobil sind Migranten?

Jeder fünfte Arbeitnehmer ist für den Beruf hochgradig mobil, wobei sich innerhalb verschiedener soziodemografischer Gruppen ein differenzielles Mobilitätsverhalten nachweisen lässt. Allerdings findet in der Forschung die Fragestellung des Zusammenhangs zwischen Migration und berufsbedingter räumlicher Mobilität bisher kaum Beachtung, wie **Dr. Heiko Rüger** in seinem Vortrag „Berufsmobilität von Migrantinnen und Migranten“ im Rahmen des Workshops „Wie mobil sind Migrantinnen und Migranten“ am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund am 8. November 2013 hervorhob. Er stellte daher zunächst die Frage, wie mobil Migranten für ihren Beruf innerhalb Deutsch-



lands im Vergleich zu deutschen Erwerbstätigen sind. Dazu betrachtete er auf der Grundlage der EU-Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“ den jeweiligen Anteil mobiler Personen unter Berücksichtigung soziodemografischer Unterschiede innerhalb der beiden Gruppen. Die Analyse zeige, dass die Bereitschaft zu beruflich bedingter räumlicher Mobilität unter den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in allen untersuchten soziodemografischen Teilgruppen deutlich weiter verbreitet ist als unter Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund. Kaum Unterschiede gebe es hingegen bei der allgemeinen Mobilitätsrate von Migranten mit und ohne eigener Migrationserfahrung, was gegen die These spre-

che, dass diejenigen Migranten, die bereits im Rahmen der Einwanderung nach Deutschland Mobilitätserfahrungen gesammelt haben, auch mobiler für den Beruf seien, betonte Dr. Rüger. Es gebe zudem Interaktionseffekte zum Beispiel bei den Faktoren Bildung, Familienstand und Geschlecht, die sich bei Migranten in anderer Weise auf das Mobilitätsverhalten auswirken als bei Deutschen. Er wies darauf hin, dass es weiteren Forschungsbedarf gebe – insbesondere hinsichtlich der Frage nach dem Verhältnis zwischen freier Entscheidung und ökonomischer Notwendigkeit für berufliche Mobilität.

Bernhard Gückel, BiB

Comparative Population Studies – News



CPoS-Heft 04/2013 erschienen zum Thema: „Alternde Bevölkerungen, die Trendwende in der Frühverrentung und die wirtschaftliche Lage Älterer in modernen Gesellschaften“

Das Themenheft beschäftigt sich mit der ökonomischen Situation und den Beschäftigungschancen der Bevölkerung im Alter ab 50 Jahren. Da der Anteil älterer Menschen in den meisten westlichen Ländern künftig weiter ansteigt, möchte diese Ausgabe das Verständnis der wirtschaftlichen Lage älterer Menschen sowie ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt aus verschiedenen, sich ergänzenden Perspektiven beleuchten.

Die Beiträge im Einzelnen:

- *Sandra Buchholz, Hans-Peter Blossfeld*: Editorial zum Themenheft „Alternde Bevölkerungen, die Trendwende in der Frühverrentung und die wirtschaftliche Lage Älterer in modernen Gesellschaften“
- *Bernhard Ebbinghaus, Dirk Hofäcker*: Trendwende bei der Frühverrentung in modernen Wohlfahrtsstaaten:

Paradigmenwechsel zur Überwindung von Push- und Pull-Faktoren

- *Sandra Buchholz, Annika Rinklake, Hans-Peter Blossfeld*: Umkehr von Frühverrentung in Deutschland: Eine Längsschnittanalyse der Auswirkungen der jüngsten Rentenreformen auf den Zeitpunkt des Erwerbsausstiegs und die Rentenhöhe
- *Henriette Engelhardt, Christopher Schmidt*: Auswirkungen des Generationenwettbewerbs und -austausches auf die späte Erwerbsbeteiligung und den Erwerbsausstieg aus einer Mehrebenenperspektive
- *Kathrin Kolb, Nora Skopek, Hans-Peter Blossfeld*: Zwei Dimensionen der Wohneigentumsungleichheit in Europa: Sind hohe Wohneigentumsquoten ein Indiz für niedrige Immobilienwerte?



Veranstaltungen

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) vom 12. bis 14. März 2014 zum Thema: „Demografiestrategie – Work in Progress?“ in Berlin



Die diesjährige Jahrestagung der DGD befasst sich schwerpunktmäßig mit der Demografiestrategie der Bundesregierung und beleuchtet in zahlreichen Beiträgen Auswirkungen des demografischen Wandels vor allem auch auf der regionalen Ebene. Darüber hinaus findet am 13. März eine gemeinsame Tagung der DGD mit der Sektion Familiensoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zum „Potenzial amtlicher

Daten für die demografische Forschung und die Familienforschung“ statt. Zudem wird an diesem Tag auch der „Allianz Nachwuchspreis für Demografie“ der DGD vergeben. Beendet wird die dreitägige Tagung am 14. März 2014 mit einer abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema: „Demografiestrategie am Ende?“

Bernhard Gückel, BiB



Weitere Informationen unter

<http://www.demographie-online.de>

3. Berliner Demografieforum vom 9. bis 11. April 2014 in Berlin mit den Themenschwerpunkten „Sicherheit – Vertrauen – Zusammenhalt“



Das 3. Berliner Demografie Forum wird vom 9. bis zum 11. April 2014 wieder in den Räumlichkeiten der ESMT European School of Management and Technology in Berlin stattfinden. Die diesjährigen Themenschwerpunkte „Sicherheit – Vertrauen – Zusammenhalt“ richten den Fokus der Diskussionen auf die Frage der persönlichen und gesellschaftlichen Sicherheit in Folge des demografischen Wandels und wie Vertrauen und Zusammenhalt unter den Menschen erhalten und verfestigt werden kann.

Zu den Teilnehmenden zählen Vorsitzende von internationalen Organisationen, Regierungschefs und Minister/innen, genauso wie Vorstandsvorsitzende und führende Wissenschaftler/innen aus dem In- und Ausland.

Geplant ist insbesondere ein Panel zur globalen Demografie, mit hochrangigen Politikern. Hierzu wurden bereits eingeladen: Frau Park, Guen-Hye, Präsidentin der Koreanischen Republik, Dr. Dalia Grybauskaitė, Präsidentin der Litauischen Republik und die neue Bundesregierung.

Daneben wird das BDF 2014, mit der Vodafone Stiftung Deutschland als Partner, erneut ein Young-Experts-Programm durchführen.



Weitere Informationen unter

https://www.berlinerdemografieforum.org/de/bdf_2014/bdf_2014.html



Buch im Blickpunkt

Johanna Possinger: Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben. „Neuen Vätern“ auf der Spur

Immer mehr Väter wollen heute nicht nur finanzielle Ernährer ihrer Familie sein, sondern auch Verantwortung bei der Erziehung und Fürsorge ihrer Kinder übernehmen. Aus diesem Grund wird in der Öffentlichkeit und in den Medien in letzter Zeit verstärkt von den „neuen Vätern“ gesprochen, die nicht nur Elternzeit in Anspruch nehmen sondern auch bereit sind, Ihre Arbeitszeit zugunsten der Fürsorge für ihre Kinder zurückzustellen. Dabei zeigen allerdings aktuelle statistische Befunde, dass die Verteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Familienarbeit in Deutschland nach wie vor geschlechtlich geprägt ist, so dass von einer (Re-)Traditionalisierung des Geschlechterverhältnisses nach der Geburt des ersten Kindes gesprochen wird.

Was hat es also mit den vielbeschriebenen „neuen Vätern“ auf sich? Dieser Frage geht der Band nach, indem er aus der Perspektive der Väter untersucht, wie sie angesichts unterschiedlicher betrieblicher und familialer Anforderungen ihre Vaterschaft leben. Dabei stehen unter anderem die Hindernisse und Strategien zum Gelingen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund.

Dazu liefert das erste Kapitel neben der wissenschaftlichen Fragestellung einen Überblick über den Forschungsstand in der Familienforschung zum Thema „neue Väter“, das im deutschsprachigen Raum ein noch recht neues Gebiet ist, das aber in den letzten 20 Jahren an Dynamik gewonnen hat. Aktuell hat dazu auch die Einführung der Elternzeit 2007 beigetragen.

Der Beitrag der Väter zur Fürsorge ihrer Kinder

Im zweiten Kapitel richtet sich der Fokus auf die notwendigen theoretischen Grundlagen, die zum Verständ-

nis der Fürsorge von Vätern im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienarbeit notwendig sind. Hier geht es um die Frage, was unter Fürsorge (Care) zu verstehen ist und welchen Beitrag die Väter dabei leisten. Dabei zeigt sich, dass Vaterschaft im historischen Verlauf schon immer gesellschaftlichen Wandlungstendenzen unterlegen ist und sich seit den 1970er Jahren ebenso wie Mutterschaft bedingt durch Wandlungen im Geschlechterverhältnis sowie ökonomisch-strukturelle Veränderungen wieder in einer Umbruchphase befindet. Formen „neuer Vaterschaft“ sind demnach keine Erfindung der heutigen Zeit.

Methodik und Ergebnisse

Das dritte Kapitel stellt die Schritte der Datenerhebung und -auswertung der gewählten qualitativen Methode mithilfe von Interviews vor, in denen sowohl 23 „traditionelle“ als auch „neue“ Väter über ihre familiäre und berufliche Situation Auskunft geben. Daran knüpft Kapitel vier an, in dem anhand der Auswertungen beschrieben wird, wie die Für-

sorgearbeit aus der Sicht der Väter in ihren Familien organisiert wird und was in den Familien passiert – nicht nur, was die Arbeitsteilung zwischen Vätern und Müttern betrifft. Dabei zeigt sich, dass die geschlechterspezifische Rollenverteilung der Herkunftseltern von den meisten befragten Vätern abgelehnt wird. Allerdings wird auch deutlich, dass es bei der Geburt des ersten Kindes in der Regel zu einer (Re-)Traditionalisierung der Rollen in der Familie kam. Damit erweist sich auch hier ein Effekt als wirksam, der bereits in der Analyse des Forschungsstandes immer wieder zu Tage trat. Ein „Karriereknick“ aufgrund der Inanspruchnahme der Elternzeit wurde allerdings von keinem der Väter berichtet. Letztlich ließen sich die Verhal-



Das Buch:
Johanna Possinger:
Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben. „Neuen Vätern“ auf der Spur
Springer VS Verlag Wiesbaden 2013
ISBN 978-3-658-00708-9
DOI 10.1007/978-3-658-00709-6



tensweisen der Väter im Bereich Fürsorge drei Mustern zuordnen: der traditionellen, der partnerschaftlichen sowie der egalitären Generativität, wobei der erstere Fall mehrheitlich besetzt war.

Im fünften Kapitel wird nun die Frage gestellt, wie die Fürsorgearrangements zustande kommen und wie sich der Widerspruch erklären lässt, dass die Mehrheit der untersuchten Männer zwar ein traditionelles Sorgemuster lebt, zugleich aber angibt, dass sie ein egalitäres Care-Modell bevorzugen, in dem beide Partner gleichermaßen sich um das Kindeswohl kümmern. Dazu wird ein Blick auf die Faktoren geworfen, die aus Sicht der Väter eine Rolle bei der Stärke des Engagements für die emotionale und körperliche Versorgung ihrer Kinder spielen. Dazu zählen in erster Linie Hindernisse, die gegen die Inanspruchnahme einer Elternzeitphase sprechen und Einflussfaktoren, die eine traditionell-generative Ausrichtung bei der Arbeitsteilung der Fürsorge der Kinder begünstigen. Aus den Interviews geht hervor, dass die betroffenen Väter überwiegend familiäre, ökonomische und betriebliche Faktoren als Gründe dafür nennen, dass sie ihren Wunsch, an der Fürsorge teilzunehmen, nicht im gegebenen Maße verwirklichen können.

Damit stehen sie vor einem Vereinbarkeitsdilemma, das im Fokus von Kapitel sechs steht. Hier werden die wahrgenommenen Konflikte der Väter benannt und gezeigt, welche Strategien sie zur Bewältigung ihrer Belastungen zwischen Vaterschaft und Beruf verfolgen. Dabei wenden sie unterschiedliche Bewältigungsmuster an: von der Belastungsvermeidung über aktive Abgrenzung bis hin zur klaren Grenzziehung im beruflichen Bereich, um so mehr Zeit für die Familie zu haben.

Die Untersuchungen dieses Bandes zeigen somit, dass es einer differenzierteren Betrachtungsweise bedarf, um die Probleme und Bewältigungsstrategien der sogenannten „neuen Männer“ zu erforschen, wie die Autorin dann auch im Schlusskapitel am Ende ihrer Spurensuche resümiert. Immerhin zeigt das Phänomen „neue Männer“, dass sich das Verständnis von Vätern und die soziale Praxis in einem Umbruch mit offenem Ausgang befindet. Ausgeschlossen werden kann nach Ansicht der Autorin eine Rückkehr zum traditionellen männlichen Alleinverdienermodell.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur in Kürze

Heft 3/2013 der Zeitschrift für Familienforschung erschienen

Im thematischen Schwerpunkt des Heftes befassen sich die Autorinnen und Autoren mit kritischen Ereignissen im Lebenslauf und deren Auswirkungen. Dazu bilanzieren François Höpflinger, Stefanie Spahni und Pasqualina Perrig-Chiello in ihrem Beitrag die Herausforderung einer Verwitwung im Zeit- und Geschlechtervergleich. Ulrike Zartler und Caroline Berghammer widmen sich der Frage, wie Kinder in Österreich Übergänge etwa bei Trennungen oder neuen mütterlichen Partner-



beziehungen erleben und welche Determinanten hier Einfluss haben. Im Mittelpunkt stehen dabei die auf eine elterliche Trennung folgenden familienstrukturellen Dynamiken.

Wie sich eine elterliche Trennung auf Persönlichkeitseigenschaften, Beziehungsqualität und das beobachtbare Konfliktverhalten von 42 jungen Paaren auswirkt, untersuchen Kathrin Beckh, Sonja Bröning, Sabine Walper und Eva-Verena Wendt in ihrem Artikel. Fabio Franze und Ingmar Rapp stellen die Frage, wie sich Arbeitslosigkeit auf die Stabilität von Ehen auswirkt und Nicole Biedinger befasst sich mit dem Einfluss der elterlichen Freizeitaktivitäten auf die Eltern-Kind-Aktivitäten. Anne-Kristin Kuhnt analysiert den Einfluss der Partnerschaftsqualität auf die Übereinstimmung der Elternschaftsabsichten von Paaren.

**Die Beiträge im Einzelnen:**

- *François Höpflinger, Stefanie Spahni & Pasqualina Perrig-Chiello*: Persönliche Bilanzierung der Herausforderungen einer Verwitwung im Zeit- und Geschlechtervergleich
- *Ulrike Zartler & Caroline Berghammer*: Turbulenzen im Kinderleben. Mütterliche Partnerschaftsbiographien und multiple Übergänge nach elterlicher Trennung
- *Katrin Beckh, Sonja Bröning, Sabine Walper & Eva-Verena Wendt*: Liebesbeziehungen junger Erwachsener aus Scheidungsfamilien Eine Beobachtungsstudie zur intergenerationalen Transmission des Scheidungsrisikos
- *Fabio Franzese & Ingmar Rapp*: Der Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das Trennungsrisiko von Ehen
- *Nicole Biedinger*: „Was für mich selbst gut ist, kann meinen Kindern nicht schaden“. Der Einfluss der elterlichen Freizeitaktivitäten auf die Eltern-Kind-Aktivitäten
- *Ann-Kristin Kuhnt*: Ja, nein, vielleicht? Der Einfluss der Partnerschaftsqualität auf die Übereinstimmung der Elternschaftsabsichten von Paaren

Michael Göke; Thomas Heupel (Hrsg.):

Wirtschaftliche Implikationen des demografischen Wandels – Herausforderungen und Lösungsansätze. Springer Gabler Wiesbaden 2013

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Wirtschaftswachstum, den Arbeitsmarkt, die Um-

welt, technische Innovationen und Entwicklungen sowie die sozialen Sicherungssysteme und das Konsumverhalten sind bereits heute spürbar. Von daher ist Demografie das Thema der Gegenwart und nicht der Zukunft, wie die Beiträge dieses Bandes zeigen, der aus dem Ersten Wirtschaftswissenschaftlichen Forum der FOM-Hochschule für Ökonomie und Management in Essen hervorgegangen ist. Die acht Teile des Bandes beleuchten die Folgen des Wandels vor allem aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive, insbesondere im Hinblick auf Unternehmenspolitik. So folgt einer makropolitischen und rechtlichen Betrachtung ein Blick auf die Folgen für Marketingstrategien und einer gesundheitspolitischen Perspektive sowie Schwerpunkten aus den Bereichen Finanzwirtschaft, Personalpolitik und -management sowie Wissensmanagement. Dabei zeigt sich immer wieder, dass ein Bündel von Maßnahmen notwendig ist, um den Herausforderungen des demografischen Wandels Herr zu werden.



.....
Bernhard Gückel, BiB

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 1/2014 – 35. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0120142

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 1/2014 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.